

Christian Faludi ist Historiker in Weimar. Er lehrt, forscht und publiziert vor allem zu Themen der Regionalgeschichte Thüringens, der Weimarer Republik und der Geschichte des Nationalsozialismus.

»So schlimm, wie Du fürchtest, wird es nicht.«

Alexander von Gleichen-Rußwurm zum Neujahrsmorgen 1920

Wie unter dem Brennglas konzentrierten sich 1920 in Weimar abermals Ereignisse, die beispielhaft für die Republik waren: Trotz aller Anstrengungen dauerten die Krisen fort. Vor allem die mangelhafte Versorgung mit Nahrungsmitteln und Brennstoffen beherrschte das Leben der Menschen. Hinzu kamen politische Beben wie der monarchistische Kapp-Lüttwitz-Putsch, infolgedessen Mitteldeutschland zu einem Epizentrum heftiger Auseinandersetzungen wurde. Dagegen erwies sich die junge Republik als äußerst wehrhaft. Dennoch verdichteten sich die Gräben zwischen den politischen Kontrahenten. Kurze Zeit später beseitigte die Gründung des Landes Thüringen letzte Reste des Mittelalters. Weimar wurde am Ende des demokratischen Prozesses Hauptstadt eines neuen Freistaats. Währenddessen übte allen voran die Jugend den Aufbruch in den republikanischen Alltag. In einer historischen Tiefensondierung lässt Christian Faludi die vielfältigen Stimmen der Zeit zu Wort kommen, präsentiert zahlreiche Quellen und rückt so die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Strömungen in den Blickpunkt.

Ein historisches Lesebuch,
das Lust macht auf die Weimarer Zeit.

www.verlagshaus-roemerweg.de

ISBN 978-3-7374-0285-9



€ 18,00 (D)
€ 18,50 (A)

1920 in Weimar

Christian Faludi



Christian Faludi

1920 in Weimar Das Ringen um Normalität



Die Geschichte der Weimarer Republik ist komplex. Nicht nur mit Blick auf die Reichsebene, auch im lokalen Rahmen des mehr oder weniger geschlossenen Kosmos der Stadt Weimar ballten sich im Umbruchsjahr 1920 die Ereignisse beispielhaft: Nachkrieg, Revolution, Gegenrevolution, Krisenbewältigung, Mangelversorgung, Unruhen und die Pandemie der Spanischen Grippe beherrschten nach wie vor den Alltag der Menschen. Derweil ergaben sich etliche ihrem vermeintlichen Schicksal, nicht wenige suchten ihr Heil im politischen Extremismus oder in sektenähnlichen Bewegungen. Währenddessen schritten viele aber auch unverdrossen im Zeichen des Aufbruchs und der Demokratisierung voran – in Weimar wie im Reich. Davon erzählt dieses Buch in vielfältiger Weise.

Umschlagabbildung: Vorführung einer Jugendspielgruppe im Park. Aufnahmedatum: 28.–30.08.1920. Fotograf: Willy Römer © bpk-Bildagentur

Christian Faludi

Weimar. Die Stadt und die Republik
Band 2

Christian Faludi

1920 in Weimar

Das Ringen um Normalität

Inhalt

Grußwort	7
Vorwort	8
Jahreswechsel	20
Verzweiflungskampf	28
Nachkrieg	42
Märzrevolution	71
Führerposten	108
Neu-Thüringen	120
Rotes Herz	139
Krisenapostel	173
Arbeiter-Jugend	202
Kirchenverfassung	237
Zeitverhältnisse	260
Not	295
Register	325

Grußwort

„So schlimm, wie Du fürchtest, wird es nicht“, äußerte der Schriftsteller und Schiller-Urenkel Alexander von Gleichen-Rußwurm in seinem Neujahrsartikel der Landeszeitung vom 1. Januar 1920. Die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland war nach dem verlorenen Weltkrieg und den politischen Umbrüchen der Novemberrevolution 1918 angespannt und wenig zukunftsverheißend. Da kam den Thüringer Lesern Trost aus dem Munde eines Dichters gerade Recht. Die Aussage des Zeitungsartikels ist bezeichnend für die Ängste und Erfahrungen der meisten Menschen vor einhundert Jahren. Kaum jemand glaubte an eine Verbesserung seiner Situation in absehbarer Zeit. Die Mehrzahl der Deutschen litt Hunger, fror im Winter und sah sich von Arbeitslosigkeit und bürgerkriegsartigen Zuständen bedroht.

Erschwerend hinzu kam die sogenannte Spanische Grippe. Die Seuche bewegte sich damals in mehreren Wellen um den Erdball und kostete millionenfach Menschenleben. Auch wenn ein vordergründiger Vergleich der gegenwärtigen Corona-Pandemie mit der Grippe vor 100 Jahren sicher zu kurz greifen würde, so stimmen die damit verbundenen Ungewissheiten, Ängste und Einschränkungen doch nachdenklich. Im März 2020 musste die vom Autor dieses Buches, Herrn Christian Faludi, kuratierte, sehr erfolgreiche Sonderausstellung „Gegenrevolution 1920“ vorzeitig geschlossen werden. Führungen, mit welchen einem breiten Publikum die Ereignisse des Kapp-Lüttwitz-Putsches vermittelt werden sollten, wurden abgesagt. Angeschlossene Projekte waren zum Innehalten gezwungen, lange geplante Wanderungen der Ausstellung zu weiteren Orten fanden eine Unterbrechung. Das nahezu komplette „Einfrieren“ des öffentlichen Lebens schloss eben die Kultur- und Bildungseinrichtungen wie Museen mit ein. Eine in dieser Not- und Krisenzeit gewonnene Erkenntnis kann uns aber für die Zukunft helfen: Wir haben durch das zum Glück vorübergehende Fehlen der Ausstellungsorte, des lebendigen Austauschs und der Begegnungen den hohen Wert der politischen Bildung, ja der Kulturvermittlung überhaupt neu erkannt.

Umso erfreulicher ist es, dass trotz aller Widrigkeiten, die Veröffentlichung des nun vorliegenden Bandes „Das Ringen um Normalität“ in hoher Qualität geglückt ist. Mit dieser fundierten Publikation werden die herausragenden Ereignisse des Jahres „1920 in Weimar“ zugänglich. Gleichzeitig lässt das Buch hoffen, dass die Reihe „Weimar. Die Stadt und die Republik“ eine gesicherte Zukunft hat. Dem Autor und seiner geneigten Leserschaft ist es sehr zu wünschen.

Alf Rößner
Direktor des Stadtmuseums Weimar

Vorwort

Wie unter dem Brennglas verdichteten sich in Weimar zwei Jahre nach der Novemberrevolution und ein Jahr nach Tagung der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung abermals Ereignisse, die beispielgebend für die Republik waren: Trotz aller Anstrengungen dauerten die Krisen fort. Vor allem die mangelhafte Versorgung mit Nahrungsmitteln und Heizmaterialien beherrschte das Leben der Menschen. Hinzu kamen politische Beben wie der monarchistische Kapp-Lüttwitz-Putsch, infolgedessen Mitteldeutschland zu einem Epizentrum heftiger Auseinandersetzungen wurde. Dagegen erwies sich die junge Republik als äußerst wehrhaft. Dennoch vertieften sich die Gräben zwischen den politischen Kontrahenten. Kurze Zeit später beseitigte die Gründung des Landes Thüringen letzte Reste mittelalterlichen „Kleinstaatenjammers“ in Mitteldeutschland.¹ Weimar wurde am Ende des demokratischen Prozesses Hauptstadt eines neuen Freistaats. Währenddessen übte allen voran die Jugend den Aufbruch in den republikanischen Alltag, zog ein Sektenführer mit Anhängerschar durch das Land und ließ Begeisterte zu Tausenden tanzen, gründeten sieben Teil- eine evangelische Landeskirche, demonstrierten Linke gegen die Behörden und Rechte gegen den Versailler Friedensvertrag, radikalisierten sich zahlreiche Menschen in ihrer politischen Haltung, wurden ein neuer Bürgermeister, der erste demokratische Weimarer Reichs- und Landtag gewählt, entwaffneten die Regierenden die Zivilbevölkerung, nahm dennoch die Kriminalität überhand, wurde die Zwangswirtschaft zurückgebaut und schritt trotzdem die Teuerung voran, während der Mangel blieb, versuchten Reformen wie Bauprogramme die universelle Not zu lindern und tötete die Spanische Grippe einmal mehr zahlreiche vollkommen schutzlose Menschen.

Die Geschichte der Weimarer Republik ist komplex. Nicht nur mit Blick auf die Reichsebene, auch im lokalen Rahmen des mehr oder weniger geschlossenen Kosmos der Stadt Weimar ballten sich nach dem Umbruchsjahr 1919 die Ereignisse paradigmatisch. Folglich war es bereits für die Menschen in ihrer Zeit enorm schwer, vorauszuahnen, wie die Gesellschaft auf Veränderungen vor allem in Krisenzeiten reagieren würde und welche Konsequenzen individuelles Handeln dabei haben könnte. Für den Forscher birgt dieser Umstand, dass es ex-post ebenfalls eine Herausforderung ist, die Entwicklungen von vor einhundert Jahren mit all ihrer gleichzeitigen Vielschichtigkeit analytisch aufzubereiten und dabei in der Form auf beschreibbare Ebenen zu reduzieren, dass die Kontexte nicht außer Blick geraten. Um Vereinfachungen kommen Wissenschaftler in aller Regel jedoch

nicht herum, sodass es Methoden braucht, den Gegenstand zur Untersuchung herausgreifen und sorgsam behandeln zu können. Denn nur allzu häufig gibt bereits das ausgewählte Ereignis den Rahmen für Raum und Zeit vor – was oftmals verleitet, die jeweiligen Grenzen zu eng zu stecken. Für ihre soziale Analyse geht die nachfolgende Studie daher einen anderen Weg: Sie nimmt den Ausschnitt eines gesamten Jahres zum Ausgangspunkt und schneidet – sinnbildlich – 366 Tage quer durch die kommunale Gesellschaft der mittelgroßen deutschen Stadt vor einhundert Jahren. Dabei werden vielfach miteinander verwobene Ebenen sichtbar, die es für eine textliche Aufbereitung zu entwirren gilt, um sie anschließend in der Gesamtheit ihrer Kapitel wiederum so zu schichten, dass sich am Ende ein möglichst weites Panorama des Zeitabschnittes öffnet. Bei dieser Methodik setzt nicht das Ereignis den Rahmen, sondern der geographische Ort und die Periode zeigen auf, welche Begebenheiten jeweils Relevanz zur analytischen Einbeziehung besitzen könnten. Die Arbeit bildet damit im Umkehrschluss nicht nur ein breites Spektrum des Jahres 1920 in Weimar ab. Sie untersucht gleichermaßen die lokalen Gegebenheiten, wie sie ebenso durch die „städtische Brille“ auf das große Ganze schaut. Und sie zeichnet ein Stimmungsbild, das nahezu ausschließlich aus Quellen der Zeit gespeist wird, die weitgehend frei von Überlagerungen späterer Ereignisse sind. Im Resultat ihrer hermeneutischen Analyse spiegeln die Kapitel beispielhaft den Erfahrungshorizont der Bevölkerung in einem beschränkten territorialen Raum während eines bestimmten Zeitabschnitts.

Diese – wenn man so will – lokale Echtzeitperspektive birgt auch für den Betrachter mitunter Überraschungen. Denn längst nicht alles, was uns in der Retrospektive wichtig erscheinen möchte, und über das seither zahlreiche Bücher geschrieben worden sind, wurde von den Zeitgenossen auch so gewertet. Vieles ist – wenn überhaupt – nur am Rande wahrgenommen worden oder spielte im Alltagsleben allenfalls eine Nebenrolle. Aus heutiger Sicht trivial erscheinende Dinge bestimmten dagegen häufig den Alltag und das Handeln der Menschen sämtlicher Gesellschaftsschichten. Aus Perspektive der Handelnden und „von unten“ betrachtet, ergibt sich so ein mehrdimensional-authentisches Zeitbild – das freilich auch an seine selektiven Grenzen stößt. Dennoch wird darin deutlich, wie sich Dinge unmittelbar gegenseitig berührten; ferner wie Wechselwirkungen zu kleinen Schwankungen führten, die aufgeschaukelt Veränderungspotentiale entwickelten. Vor allem aber macht die Arbeit Zusammenhänge deutlich, welche den direkten Handlungs- und Erfahrungsrahmen der Akteure absteckten, innerhalb derer das städtische Gesellschaftssystem Weimars sich formte und dabei nach außen prägend war wie es gleichfalls durch äußere Bedingungen selbst geprägt worden ist. Diese Komplexität der Ereignisse zu entwirren und unter der Folie eines pluralistischen Systems mit besonderem

¹ Zum Begriff: Hofmann: Kleinstaatenjammer (1906).

Blick auf die Demokratisierung und Krisenbewältigung möglichst genau zu beschreiben, dabei Kontinuitäten und Brüche in der politischen Kultur aufzuzeigen, ist ein übergeordnetes Ziel der Reihe „Weimar. Die Stadt und die Republik“.

Für die Rekonstruktion des zweiten Bandes unter dem Titel „1920 in Weimar. Das Ringen um Normalität“ wurden einmal mehr in erster Linie Dokumente erschlossen, die aus der unmittelbaren Zeit der agierenden Personen stammen und ihnen frei zugänglich waren beziehungsweise von ihnen selbst produziert worden sind; sprich: Zeitungen, Drucksachen, Aushänge, Aufzeichnungen und dergleichen mehr.² Auf dieser Grundlage entstand das Gerüst der folgenden zwölf Kapitel, das im Anschluss durch ausgewählte Quellen dokumentarisch gerahmt wurde. Dieses Vorgehen ist in zweifacher Hinsicht nützlich: Einmal spiegelt sich darin der Wissensstand der Menschen in ihrer Zeit. Ferner überschreiben, filtern oder deuten keine späteren Ereignisse beziehungsweise Interpretationen die Relevanzen im unmittelbaren Erfahrungsprozess vor. Die Darstellung erfolgt somit aus der Echtzeit der Handelnden heraus. Freilich kann auch ein derart gewonnenes Ergebnis keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Dafür war schon das Leben der Menschen vor einhundert Jahren viel zu komplex, hatten Erfahrungen und Motivationen zu differenzierte Ausprägungen, die unmöglich insgesamt Niederschlag in Quellen finden konnten und in ihrer Gesamtheit heute auch nur theoretisch fassbar wären. Ebenso war die jeweilige Konstruktion von Wirklichkeit immer eine individuelle, sodass die Positionierungen Handlungsmuster in verschiedenste Richtungen ableiteten.³ Und dennoch ist es aufgrund der breiten Quellenbasis möglich, aus der Schnittmenge des gesammelten Materials ein qualitativ stichhaltiges Abbild zu rekonstruieren, das eine Vielzahl von Erkenntnissen ausgewogen bündelt und damit für die Gegenwart nutzbar macht.

Der wesentliche Zugang findet über das wichtigste Medium der Zeit statt: Während das Kino noch zum Phänomen der Massenunterhaltung reifen musste und der Rundfunk noch nicht einmal in seinen Kinderschuhen steckte, bildeten Zeitungen für die meisten Menschen den häufigsten Zugang zu Informationen. Zugleich waren sie das öffentliche Ausdrucksmittel für nahezu jedermann, das nach dem Ende der Militäzensur und mit verfassungsmäßig verbrieftener Freiheit der Meinungsäußerung „durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise“ (Artikel 118) ausgestattet, im demokratischen System einen enormen Boom erlebte – sowie darüber hinaus das Potential als „eine eigene politische Macht“ erlangte.⁴ Entsprechend rege wurden die Angebote über Abonnements, im Straßen-

verkauf, den Lesehallen und -cafés oder in Schaukästen genutzt. 1920 erschienen deutschlandweit bereits mehr als 3.000 Tageszeitungen; in den folgenden zehn Jahren erhöhte sich deren Zahl noch einmal um rund ein Drittel.⁵ Hinzu kamen etliche Zeitschriften aller kulturellen Sparten von Politik über Hobby bis Erotik. Im Hinblick auf die wissenschaftliche Kritik gilt bei der Verwendung einer „Zeitung als historische Quelle“ – welche spätestens seit Johann Gustav Droysen „Historik“ der Gattung Überrest zuzuordnen ist –⁶ nach wie vor, was der Geschichtswissenschaftler Wilhelm Mommsen bereits 1926 feststellte: „Die Zeitung kann vom Historiker wie jede andere Quelle nur dann benutzt werden, wenn er sich ihrer Eigenart bewußt ist. Ohne Kenntnis der Zeitung, ihrer Entstehung und ihrer Arbeitsweise kann man ihren Quellenwert nur unzulänglich ausnutzen. [...] Es reicht keineswegs, wenn man sich über die politische Richtung einer Zeitung im klaren ist, man muß auch [...] die Einflüsse festzustellen versuchen, die auf die Zeitung wirken. Man muß die politischen Kräfte kennen, die hinter einer Zeitung stehen, und man muß erst recht, was seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts besonders wichtig wurde, sich die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen klarmachen, die sich hinter einer Zeitung verbergen.“⁷

Bedeutsam für die vorliegende Studie sind vor allem sechs regionale Blätter, die gleichzeitig das lokalpolitische Spektrum der Zeit abbilden und in der Summe ihrer Teile – das heißt: überregionalem wie lokalem Part, Feuilleton, Leserbriefen und Anzeigen – dem nahe kommen, was Mommsen sinngemäß als „öffentliche Meinung“ im pluralistischen Gesellschaftssystem beziehungsweise „Atmosphäre der Zeit“ im Speicher der Lokalgeschichte klassifizierte.⁸ Unter dem Aspekt der Vergleichbarkeit betrachtet sind die ausgewählten Periodika ferner repräsentativ für die vom Föderalismus geprägte Zeitungslandschaft der Weimarer Republik, in der jede Region über ein ähnlich strukturiertes Reservoir verfügte, das sich meist allein in regional-spezifischen Erweiterungen beziehungsweise abweichenden Gewichtungen der politischen Machtverhältnisse unterschied. Hauptmedium in Weimar 1920 war das liberal-bürgerliche Blatt der „Weimarischen Landes-Zeitung Deutschland. Unabhängige Zeitung. Amtsblatt der Behörden der Stadt Weimar, der Staats- und anderer Gemeindebehörden“ (WLZ), das schon im Titel eine Führungsrolle beanspruchte. Sein Direktor war der 36-jährige Karl Friedrich Knabe,⁹ der zugleich den renommierten Weimarer Panse-Verlag leitete. Knabes Redakteure saßen direkt an das Verlags-

5 Wolter/Wedemeyer-Kolwe: Kultur (2015), S. 156.

6 Droysen: Historik (1937 [1868]), S. 73f.

7 Mommsen: Zeitung (1943 [1926]), S. 4–13, Zitate: S. 4f, 7.

8 Vgl. zur Problematik auch: Wilke: Massenmedien (1987), S. 497–711.

9 Karl Friedrich Knabe (1884–1965); Verlagsdirektor; 1932 Gründer Weimarer Druck & Verlagsanstalt Gebrüder Knabe.

2 Vgl. im Folgenden auch: Faludi: Weimar (2019), S. 10–14.

3 Vgl. zum Problem etwa: Berger/Luckmann: Konstruktion (1969).

4 Vgl. WRV, Art. 118.

haus mit Druckerei angeschlossen in der Scherfgasse Nummer 5, von wo aus sie am ergiebigsten über die Ereignisse in der Stadt berichteten. Aufgrund ihrer Akribie in Sachen Recherche und Verschriftlichung wurde die Zeitung um 1920 tatsächlich dem eigenen journalistischen Anspruch gerecht, das „Lieblingsblatt der Sachsen-Weimaraner in Stadt und Land“ zu sein.¹⁰ Überdies war sie allein schon durch ihre Auflagenstärke das einflussreichste Informationsorgan im Wirkungsbereich. Diese dominante Stellung, welche nicht nur Abonnements, sondern auch Inserate und damit die finanzielle Basis sicherte, machte die Landes-Zeitung gewissermaßen zu einem überparteiisch-unabhängigen Medium. Freilich argumentierten ihre Autoren deshalb nicht vollkommen losgelöst von eigenen, meist bürgerlich-konservativen Überzeugungen; im Vergleich zu den anderen Blättern boten deren Ausführungen aber den moderatesten Zugang mit einem durchgehend erkennbaren Streben nach ausgewogenen Darstellungen.

Handwerklich anspruchsvoll arbeiteten auch die Redakteure der sozialdemokratischen „Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach. Organ zur Wahrung der Interessen des gesamten werktätigen Volkes (vormals Weimarische Volkszeitung)“ (VZ) in ihrer Zweigredaktion in der Jakobstraße Nummer 41 unter dem Geschäftsführer August Beck. Das Blatt ist für die Studie jedoch mehr als eine Ergänzung zur Landes-Zeitung zu werten, da hier allerhand Artikel im gleichen Wortlaut mit zeitlicher Verzögerung abgedruckt waren. Das betrifft neben überregionalen Meldungen, die von den einschlägigen Nachrichtenbüros beziehungsweise den Presseabteilungen der Ministerien übernommen wurden, durchaus auch Schlagzeilen im Lokalteil – was gleichzeitig Rückschlüsse auf die qualitativen Standards der Landes-Zeitung zulässt. Ferner wurde das Blatt in Jena hergestellt, wo die Redaktion 1920 ihren Hauptsitz hatte. Das ist der lokalen Schwerpunktsetzung deutlich anzumerken, in der die linke Hochburg an der Saale zunehmend stärker in den Fokus gelangte und die Hauptstadt Weimar immer mehr zum lokalen Ergänzungspunkt wurde. Entsprechend verortete sich die Volkszeitung als Regionalblatt für den Freistaat mit dem Anspruch, jeweils auch den großen Kontextbogen spannen zu wollen. Dadurch erschöpften sich die Inhalte oftmals in ausufernden Beschreibungen; mitunter ebenso in Gegendarstellungen zu Artikeln der rechten Lokalpresse. Insgesamt blieb die Stoßrichtung aber stets moderat, wobei auch immer Inserate von der demokratischen Mitte (etwa der DDP) bis zur äußersten Linken (KPD) hier einen Platz fanden. Im Nachgang der Thüringer Landesgründung manifestierte die Zeitung ihren überlokalen Anspruch in einer Umbenennung. Ab dem 1. Oktober 1920 erschien sie unter dem Titel: „Das Volk. Thüringer Zeitung zur Wahrung der Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung“.



Politisches Plakat, um 1920 (Bundesarchiv)

Deutlich schärfer war der Tonfall in den beiden Regionalzeitungen vom äußeren politischen Rand; daneben ist die mangelnde Genauigkeit in den Recherchen und Wiedergaben bei gleichzeitiger rhetorischer Ausschmückung hier quellenkritischer zu betrachten. Dennoch bilden die Blätter ebenfalls wichtige Perspektiven gewisser Personenkreise ab, die einem Gesamtbild erst die notwendigen Schattierungen geben: Ab dem 1. August 1919 erschien im Kontext des vermehrten Mitglieder-Zulaufes zur USPD die „Neue Zeitung für Mittelthüringen. Unabhängiges Sozialistisches Organ“ (NZ). Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber war der USPD-Landtagsabgeordnete Emil Höllein, der seine Hauptgeschäftsstelle am Jenaer Lutherplatz Nummer 7 einrichtete. Entsprechend lag der Schwerpunkt der Berichterstattung auch auf der Saalestadt. Dennoch sollte das Blatt ebenso ein Gegengewicht zur rechtslastigen Presselandschaft im Freistaat Sachsen-Weimar-Eisenach bilden und den „Unterdrückten ein Anwalt sein“. Dafür stand die Losung „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“¹¹ Triebfeder des Aktionismus waren zum einen die Fundamentalopposition, zum anderen der Kampf gegen die „Lügenpresse!“¹² Aufgrund erheblicher personeller, logistischer und materieller Probleme musste allerdings bereits das Erscheinen der Erstausgabe im Sommer 1919 um einen Monat verschoben werden – was deutlich anzeigt, unter welchen prekären Bedingungen hier gearbeitet wurde. Bar eines

¹¹ Endlich, in: NZ v. 2.8.1919.

¹² Kampf der Lügenpresse, in: NZ v. 23.8.1919.

¹⁰ Annonce, in: WLZ v. 27.11.1919.

sozialistischen Nachrichtenbüros waren die Redakteure ferner auf Meldungen anderer Blätter angewiesen, wobei eine Verzögerung in Sachen Aktualität der Berichterstattung entstand. Hinzu kam, dass Behörden der Zeitung zurückhaltend bis ablehnend gegenübertraten. Notwendige Informationen blieben den Recherchierenden somit vielfach verborgen. Entsprechend klein war das Netzwerk an Redakteuren im Freistaat. Aus Weimar lieferte ein mehr oder minder gut besetztes Büro der „Genossen zur Zeitungsagitation“ zumindest tägliche Meldungen.¹³ Trotz dieser Defizite ist die Neue Zeitung als eine wichtige Quelle zu werten, da sie in ihrer Ausrichtung und dem ihr eigenen Informationsgehalt, gespeist aus der speziellen Klientel ihrer Autoren und Anhänger, eine ganz eigene Facette wiedergibt. Mit den Worten Mommsens ausgedrückt galt hier: „Denn wenn auch der Inhalt der Zeitung jeweils zweckbestimmt ist, kann man im ganzen annehmen, daß ihre Ansichten sich mit denen ihres Leserkreises einigermaßen decken. Die Zeitung bestimmte diese Ansichten nicht nur, sondern sie nahm meist auch auf das Rücksicht, was ihr Leserkreis in seiner Zeitung finden wollte.“¹⁴ Sinnbildlich dafür steht der Wandel, den das Blatt 1920 durchmachte, nachdem sich Höllein im Zuge der USPD-Spaltung zum Kommunismus bekannte und seine Neue Zeitung fernerhin als „Organ der KPD, Bezirk Thüringen“ agierte.

Aus rechtskonservativer bis rechtsextremer Sicht berichtete die „Weimarische Zeitung. Amtliches Nachrichtenblatt für Sachsen-Weimar-Eisenach“ (WZ) des Geschäftsführers der Weimarischen Verlag GmbH, Bernhard von Stegmann und Stein, mit Hauptgeschäftsstelle in der Geleitstraße Nummer 23. Ab dem 1. April 1919 erschien das Blatt unter dem Titel „Thüringer Tageszeitung für deutsche Art und Arbeit in Stadt und Land“ (TT). Hinter der Umbenennung verbarg sich ein Expansionsversuch, der das Medium nebst Wochenbeilage „Der Thüringer Landwirt“ als Landkreis-Periodikum der Bauernschaft mit Verbandsabonnement etablieren sollte. Das Vorhaben scheiterte jedoch am Widerstand einflussreicher Vertreterorgane. Damit blieb die Redaktion dauerhaft in finanziell prekärer Lage, was sich gleichbleibend deutlich in Aufmachung und Qualität niederschlug. In ihrer politischen Ausrichtung profilierte sich die Zeitung dennoch mit dem Selbstverständnis, Sprachrohr der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), und hier vor allem der Jugendgruppe wie auch der evangelisch-konservativen bis rechten Landwirte zu sein. Entsprechend war der Duktus revan-chistisch, revisionistisch, ausländerfeindlich, rassistisch, zunehmend antisemitisch. Die Redakteure der Tageszeitung beteiligten sich beispielsweise an der Stimmungsmache gegen den Reichsfinanzminister Matthias Erzberger; im Zuge der Ratifizierung des Versailler Vertrages erschien die Zeitung wie viele rechte Blätter im Reich mit schwarzem Trauerrand.

Ihr „beißender Spott“ machte sie für die Volkszeitung zum „Organ der Monarchisten und Konterrevolutionäre“.¹⁵ Ebenso war sie für die Landeszeitung ein „rotes Tuch“. Diese Rivalität fand ihren Ausdruck mittels zahlreicher indirekter Angriffe gegen den jeweiligen Kontrahenten in Form von Leserbriefen via „Eingesandts“ sowie etlichen direkten Duellen, ausgefochten in den Kommentar- und Artikelspalten. Der Umstand der provozierten Reaktion macht das Blatt einmal mehr zu einer wichtigen Quelle.

Das wesentliche Parteienspektrum komplettierten in Sachen Pressepublikationen zwei Wochenblätter. Seit 1919 erschienen die „Thüringer Freie Stimmen. Wochenschrift für volkstümliche deutsche Politik unter besonderer Wahrung der Thüringer Interessen. Parteielches Organ des Landesverbandes Thüringen der Deutschen demokratischen Partei“ (TFS) unter dem Schriftleiter Hugo Kühn im Panse-Verlag. Am 9. Mai 1920 folgte die regionale Bauernpartei mit einem eigenen „Wochenblatt für die im ‚Thüringer Landbund‘ zusammengeschlossenen Bauernvereinigungen“ (TLW) –¹⁶ was einerseits der Thüringer Tageszeitung die Abonnenten streitig machte und deren Redakteure gleichzeitig dazu animierte, ihre Berichterstattung noch stärker auf den Themenbereich der konservativ gesinnten Landbevölkerung zu konzentrieren. In einer im Mai 1920 geschalteten Anzeige im Landbund-Organ warb von Stegmann und Stein entsprechend mit den Worten: „Dem Thüringer Landwirt wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zum Besten des Ganzen! ist die Parole der Thüringer Tageszeitung, Weimar. Sie tritt ein für Abbau der Zwangswirtschaft, vernünftige Preisbildung, Beschaffung und Sicherstellung der erforderlichen wirtschaftlichen und technischen Betriebsmittel. Förderung der landwirtschaftlichen Produktion! Eingehende Stellungnahme zu allen wichtigen Vorkommnissen in Politik und Wirtschaftsleben unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse des Bauernstandes. Reichhaltiger Lesestoff aus der Praxis für die Praxis. Schnelle, zuverlässige Berichterstattung! Lese jeder Landwirt die Thüringer Tageszeitung!“¹⁷ Im daraus resultierenden Spagat zwischen urbaner und ländlicher Berichterstattung ging deren Redakteuren jedoch auch immer mehr der – ohnehin nicht sonderlich ausgeprägte – qualitativ-journalistische Anspruch verloren, sodass die Schlagzeilen stetig boulevardesker wurden. Kurze Zeit später war das Blatt gezwungen, seine Beilage „Der Thüringer Landwirt“ mangels Interesses ein- und das eigene Identitätsmanagement umzustellen. Fortan informierte wöchentlich unter dem Titel „Deutsche Kultur“ eine Art rechtsextremer Feuilleton mit allerhand historischen Rückblenden über die Gegenwart. Adressat des Unterfangens war das konservative Weimarer Bürgertum, das sich ab 1920 zwar mehrheitlich

15 Beißenden Spott, in: VZ v. 11.3.1919.

16 Darüber hinaus publizierte die Vereinigung auch das Deutsche Landbund-Jahrbuch im Verlag Otto Weber-Weimar.

17 Anzeige, in: TLW v. 21.5.1920.

13 Die allerdings mehr schlecht als recht funktionierte: Weimar, in: NZ v. 3.10.1919.

14 Mommsen: Zeitung (1926 [1943]), S. 9.

der rechtsliberalen DVP zuwendete, dabei aber bar einer spezifisch-lokalen Parteizeitung blieb – eine Heimat für das Spektrum bot auch weiterhin die Landes-Zeitung „Deutschland“. Derweil versuchte der Thüringer Landbund mit der in Eisenach beziehungsweise Gotha unter Schriftleitung von Fritz Herzau verlegten und in der Weimarischen Verlag GmbH Bernhard von Stegmann und Steins produzierten Zeitschrift vor allem Werbung für die eigene Parteiarbeit zu machen. Entsprechend erklärte der Vorsitzende im Thüringer Landbund, Ernst Höfer, im Leitartikel der ersten Ausgabe die Ziele damit, dass er dem „sozialistischem System“ eine Erkrankung attestierte, zu deren „Gesundung“ allein die „Masse der ländlichen, bodenständigen, christlichen und nationalen Landbevölkerung“ beitragen könne. Journalistische Arbeit im eigentlichen Sinn betrieben die Redakteure darüber hinaus in der Anfangszeit aber nicht, wenngleich die Zeitung mit Nachrichtenmeldungen, einem humoristischen Beiblatt nebst Rubrik für Leserpost und zunehmend größer werdenden Inseratenteilen den Anschein dafür zu erwecken versuchte. Außerhalb politischer „Kämpfe“ erschöpfte sich die Berichterstattung denn auch zunehmend mit Anleitungen in „Theorie und Praxis“, etwa zur Ertragssteigerung. Dementsprechend birgt die Wochenschrift für die nachfolgende Studie vor allem ergänzenden Charakter im Bereich der Eigendarstellungen zu den Abstimmungen des ersten Weimarer Reichs- und Thüringer Landtages, bei denen es dem Landbund um nicht weniger ging, als „mit dem Stimmzettel [...] die Lebensgeschicke des deutschen Volkes entscheiden“ zu wollen.¹⁸ Hinzu kommen vereinzelte Berichte über die politischen Entwicklungen zum Abbau der Zwangswirtschaft. Lokale Einblicke in das Weimarer Geschehen bietet die Zeitung hingegen kaum.

Neben den genannten Periodika, die für die Studie im vollständigen Umfang des Erscheinungsjahres 1920 qualitativ ausgewertet worden sind, erweitern punktuell 26 regionale wie überregionale Zeitungen, Zeitschriften und Illustrierte die Quellenbasis.¹⁹ Ebenso wurden zahlreiche zeitgenössische Schriften in die Analysen eingebunden – die meisten davon sind im unmittelbaren zeitlichen Kontext entstanden. Dazu zählen auch verschiedene Ego-Dokumente – wobei eingeschränkt werden muss, dass diese zumeist von Vertretern bestimmter Milieus stammen und damit eine einseitige Perspektive spiegeln. Das gilt auch für die aus Privatbesitz zur Verfügung gestellten, unveröffentlichten Aufzeichnungen des Weimarer Erziehers Curt Weiß.²⁰ Der 57-jährige Direktor der hiesigen Mädchen-Privatschule mit rund einhundert Schülerinnen war Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei. Entsprechend sind seine Schilderungen durch

liberale Einstellungen und eines vom Habitus der „richtigen“ Erziehung durchdrungenen, im Kaiserreich sozialisierten Lehrers geprägt. Als Mitglied des gehobenen Bürgertums kommentierte er seine Beobachtungen aber auch konservativ, mitunter chauvinistisch bis antisemitisch. Da der Autor nicht unter der Prämisse einer sozialen Erwünschtheit argumentieren musste, dienen seine höchst subjektiven Aufzeichnungen der Untersuchung in Sachen Stimmungsbild als nützliches Korrektiv zu publizierten Darstellungen. Dies gilt auch für zahlreiche weitere Ego-Dokumente, (autobiographische) Aufzeichnungen, Erinnerungen und Leserbriefe an die Presse. Bereits publizierte Quellen bilden fernerhin einen ergänzenden Rahmen.

*

Wie die meisten Vorhaben im Jahr 2020 entstand auch diese Arbeit unter dem Eindruck der Covid19-Pandemie – wobei die wesentlichen Recherchen zur Studie bereits im Dezember 2019 begonnen hatten und erfreulicherweise Anfang 2020 beendet werden konnten. Vom Shutdown im März blieben sie damit unberührt. Dennoch verhinderten die Schließungen von Einrichtungen sowie der erschwerte Zugang nach Wiederöffnung zahlreiche Nachrecherchen; allen voran in den Bundes-, Staats- und Kirchenarchiven. Während der bis August 2020 andauernden Schreibphase ist es deshalb der Zuarbeit zahlreicher Archivarinnen und Archivare beziehungsweise Bibliothekslieferdienste zu verdanken, dass notwendige Informationen auf digitalen Wegen zum außeruniversitären Schreibtisch gelangten und damit der Analyse letztlich nicht vorenthalten blieben. Mein Dank gilt deshalb in erster Linie den zahlreichen Hilfskräften an den Kopierern und Scannern in Deutschlands Bibliotheken, Archiven und Museen, die während der Krise dazu beigetragen haben, dass der Wissenschaftsbetrieb aufrecht erhalten werden konnte. Persönlich zu Dank verpflichtet bin ich Frank Sellinat (Herzogin Anna Amalia Bibliothek, Weimar), Johannes Röder (Landeskirchenarchiv Eisenach), Uta Ninnemann und Jens Riederer (Stadtarchiv Weimar), Uta Junglas (Stadtmuseum Weimar), Felix Tasch (Landtag Erfurt), Sophie Reinlaßöder (Archiv der Arbeiterjugendbewegung) und Teresa Thieme (Stadtmuseum Jena). Verena Schlöder (Troisdorf) darf ich abermals für die Bereitstellung der Tagebücher von Curt Weiß aus Familienbesitz danken. Julia Miehe (Kulturdirektion Weimar) und Peter Kleine (Oberbürgermeister Weimar) gebührt Dank für die mir kostenfrei gestatteten Zugänge zu städtischen Forschungseinrichtungen und deren Sammlungen. Für ihre verlässliche Hilfsbereitschaft schulde ich einmal mehr Stephan Zänker und Markus Hünninger (Weimarer Republik e.V.) Dank. Alf Röbner (Stadtmuseum Weimar) danke ich für sein schönes Grußwort. Lothar Wekel und Karina Bertagnolli (beide Verlagshaus Römerweg, Wiesbaden) gilt es, ausdrücklich für ihren Mut und die mir eröffneten Möglichkeiten

¹⁸ Zitate: Was wir wollen, in: TLW v. 9.5.1920.

¹⁹ Vgl. Anhang.

²⁰ Die Tagebücher befinden sich im Besitz der Nachfahrin Verena Schlöder.

zu danken, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten überhaupt wissenschaftlich publizieren zu können. Nicht weniger als wegweisende Winke gaben mir fernerhin die zahlreichen Vorableser und vertrauten Gesprächspartner, auf die kein Autor verzichten kann, wenn sein Vorhaben gelingen soll. Zu wertvollen Begleitern im Prozess wurden derweil Marc Bartuschka, Michael Dreyer, Torsten Oppelland (alle Jena), Sophia Springer, Betty Pinkwart (beide Weimar) und Joachim Hendel (Gießen). Ihnen gilt mein herzlicher Dank!

Christian Faludi

1920 in Weimar

Das Ringen um Normalität

Jahreswechsel

Anlässlich des Neujahrstages 1921 resümierte ein Redakteur der bürgerlichen Landes-Zeitung Deutschland über die zurückliegenden zwölf Monate: „Vorüber ist das Jahr. Wir trauern ihm nicht nach. Es hat doppelt gezählt, mindestens, wie Kriegsjahre. Denn was wir in ihm erlebt, an wirtschaftlichen, bitteren Nöten, an politischer und kommunaler Unzulänglichkeit, an wüstem Gezänk, an sittlichem Niedergang, an Haß der Völker und an Nackenschlägen für unser nationales Ehrgefühl und die Achtung, die auch ein Volk für sich selber haben möchte und muß – es ward uns alles reichlich zugemessen, man altert schneller in diesen Zeiten.“²¹

Die Zeilen sind bemerkenswert, da sie einer pessimistischen Stimmung Ausdruck geben, die ihre nahe Vergangenheit in düstere Farben hüllt. Hundert Jahre danach kann das durchaus überraschen; möchte man aus heutiger Perspektive doch gern annehmen, die Menschen durchlebten kurz nach der Beendigung des Ersten Weltkrieges mit all seinen verheerenden Auswirkungen, dem allmählichen Abflauen der Spanischen Grippe-Pandemie wie auch infolge der Demokratisierung eine deutlich hoffnungsfrohere Gegenwart. Offensichtlich jedoch hatte die Revolution vom November 1918 dem deutschen Volk zwar eine neue Staatsform beschert und in Aufbruchsstimmung hatten sich auch Menschen aller Bevölkerungsteile im Jahr danach durch Wahlen aktiv zur Demokratie bekannt; waren dabei selbst Teil der Veränderungen geworden und konnten vor allem in Weimar miterleben, mit welchem rasanten Tempo die „Zeitenwende“ alle Entwicklung vorantrieb. Allerdings hingte die Geschwindigkeit der Umwälzung auch zunehmend mehr Menschen ab. Direkt oder indirekt war jeder Weimarer, Thüringer, Deutsche vom Mangel betroffen; litt unter Hunger, Krankheit und Gewalt beziehungsweise der Angst davor. Schwer lasteten zudem Hypotheken aus der Kriegsniederlage und den damit verbundenen politischen Verwerfungen. Eine Besserung schien in unabsehbare Ferne gerückt. Längst war auch jeder Kredit für Heilsversprechen der Machthaber verbraucht. Vielmehr noch hatten allerhand Faktoren von außen, etwa der Versailler Friedensvertrag mit seinen repressiven und als Schmach empfundenen Bedingungen oder die andauernden Versuche von extremen Rechten und Linken gegen sich wie gegen die Republik(en) zu streiten, für weitere Verwerfungen gesorgt. Gleichwohl sich die dabei verursachten Auswirkungen in der Dichterstadt bislang in vergleichsweise engen Grenzen bewegten, hatten viele Weimarer das erste Nachkriegsjahr doch in enormer Unruhe erlebt.²² Entsprechend fragte sich der Direktor des hiesigen Töchter-Bildungs-Instituts Curt Weiß bereits zum Jahresbeginn 1920 in

seinem Tagebuch: „wer denkt in unseren schnelllebigen, selbstischen Tagen noch an den Krieg und seine furchtbaren Konsequenzen für seine Teilnehmer. Alle unsere guten Sitten u. Sittlichkeit, unsere Interessen, unser Altruismus u. Frömmigkeit (im liberalsten Sinne!) scheinen totgeschlagen. Jeder denkt nur an sich selbst, heuchelt aber sonst jede Tugend, die er braucht für den Augenblick u. nicht hat. Wir leben in einer gewaltig gärenden Übergangszeit, die für die nächsten Monate zumal in Kohlennot, Arbeitsunlust u. Unmöglichkeit, wirtschaftlichen Schwierigkeiten, gesellschaftlichen Hirnlosigkeiten u. Brutalitäten der durch unsere Halsstarrigkeit Sieger gewordenen Feinde noch furchtbar düster u. schwer erscheint.“²³ Als der anfangs zitierte Redakteur der bürgerlichen Regionalzeitung gleichfalls zum Beginn der neuen Dekade 1920 die Tasten seiner Redaktionsschreibmaschine anschlug, wählte er die Worte ähnlich bedenklich. Mit klarem Blick stellte er aber bezugnehmend auf 1919 auch fest: „Vielleicht sind wir gegen das vergangene Jahr allzu undankbar; uns mangelt der genügende Abstand, um das, was in ihm zum Schlechten und zum Guten geschehen, richtig würdigen zu können.“ Und so verbuchte er auf der „Haben-Seite“ zumindest, dass man sich wenn schon nicht gegen die Entente so wenigstens doch gegen den „Bolschewismus und Spartakismus“ erfolgreich habe erwehren können. Dass in seiner Heimatstadt gleichfalls innerhalb kürzester Zeit eine demokratische Staatsverfassung verabschiedet worden war, die das Deutsche Reich vom Kopf auf die Füße gestellt und dabei die Monarchie zur Republik von Weimar transformiert hatte, war dem Journalisten dabei offenbar schon so weit aus dem Bewusstsein gerückt, dass er dafür kaum feierliche Worte übrig hatte. Damit stand er nicht allein. Längst war die große Errungenschaft des Jahres 1919 im Empfinden Vieler zur Selbstverständlichkeit geraten, wodurch der Schritt zur Geringschätzung nur mehr ein kurzer war.

Weimar wäre jedoch nicht mehr dasselbe gewesen, hätten sich anlässlich des Jahreswechsels nicht auch jene in der bürgerlichen Presse zu Wort gemeldet, die in Verbindung zu den Großen vergangener „silberner“ wie „goldener Zeitalter“ standen. Am Neujahrstag 1920 kam dieser Part Friedrich Schillers 54-jährigem Urenkel Alexander von Gleichen-Rußwurm zuteil. An die Familientradition anknüpfend, versuchte sich dieser zeitlebens als Schriftsteller, Dichter, Herausgeber und Übersetzer, konnte dabei aber nie aus dem übermenschlich großen Schatten seines Ahnen hervortreten.²⁴ Etwas Popularität erlangte von Gleichen-Rußwurm zumindest in gewisser

²³ Tagebücher Weiß (63/1919), S. 27.

²⁴ Der Nachwelt war der Dichter vor allem als „Mäusebaron“ ein Begriff, da er 1925 einen Versicherungsbetrug versuchte, welcher spektakulär misslang: Von Gleichen-Rußwurm hatte seinerzeit einem Münchener Juwelier eine wertvolle Perlenkette angekündigt und die Postsendung hoch versichert. Statt des Schmucks steckte er eine Maus in das Paket, die sich anschließend durch die Verpackung beißen und damit einen Diebstahl simulieren sollte. Das Tier starb unterwegs; der Juwelier erstattete Anzeige. – 1920 war von Gleichen-Rußwurm wohnhaft in München. Mit Weimar verband ihn u.a. eine Tätigkeit als Kurator des Goethe-Nationalmuseums.

²¹ Das Jahr 1921, in: ATL v. 1.1.1921.

²² Vgl. Faludi: Weimar (2019).



Alexander von Gleichen-Rußwurm, um 1930
(Privatbesitz)

Regelmäßigkeit durch die Tagespresse, in welcher er Prosa zum Besten gab – mal mit mehr mal mit weniger Verve zu Papier gebracht. Am Neujahrstag 1920 veröffentlichte die Weimarer Landes-Zeitung einen der beachtlicheren Texte des Schriftstellers, in dem dieser der Stadt für das bevorstehende Jahr „einen Wunsch, eine Bitte und ein Gebot“ mit auf den Weg gab.²⁵ Der „Wunsch“ war vergleichsweise trivial und dennoch angesichts der andauernden Situation, in der die meisten Wohnungen nur ungenügend geheizt und die wenigsten Menschen darin satt waren, umfassend wichtig. Er lautete: „So schlimm, wie Du fürchtest, wird es [das Jahr 1920] nicht.“ Von bemerkenswerter Klarheit war von Gleichen-Rußwurms „Bitte“ an die individuelle Verantwortung jedes Einzelnen, Gegenwart und Zukunft zu gestalten. Denn, und das verpackte der exponierte Vertreter des alten Weimars in sein „Gebot“, die Zeiten waren vorbei, in denen ein Monarch darüber bestimmte, wie die Dinge sein sollten und sich der Untertan nur in Treue fügen musste, um der eigenen Verantwortung entledigt zu werden. Ein Umstand, der damals wie heute nach Systemumbrüchen zur Demokratie hin stets für allerhand gesellschaftliche Verwerfungen sorgt, die mitunter über Generationen hinweg tradiert werden – vor allem wenn die ökonomischen Begleitumstände schwierig sind. Fünf Mo-

nate nach Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung und fünf Monate vor der Gründung des Landes Thüringens lag es also mehr denn je in den Händen der Individuen, ihr Dasein im Reich wie in der sogenannten engeren Heimat selbst zu bestimmen. Der Gelehrte aus dem konservativem Bürgertum hatte das vergleichsweise früh erkannt und in aller ihm möglichen Deutlichkeit in einen positivistischen Aufruf zur „Tatkraft“ verpackt, der damit endete: „Wir müssen uns nach jeder Richtung hin die Zukunft schaffen, denn niemand bereitet sie, kein väterlicher Staat und kein freundlicher Nachbar. Jedes Individuum hat fest an seiner Stelle zu stehen und dort das Neue, den Aufbau für sich zu beginnen.“²⁶

Analytisch nüchtern und deshalb wohl auch in – gewohnt –²⁷ pessimistischer Manier beurteilte der scheidende Oberbürgermeister Martin Donndorf die Situation in seiner traditionellen Neujahrsansprache vor dem Weimarer Gemeinderat.²⁸ Aufgrund des Kohlenmangels vom Bernhardsaal des Rathauses in das Fürstenhaus ausgewichen, hörten die Abgeordneten dessen wenig feierliche Rede über „viel Arbeit und Sorge“ für eine „im Dunkel“ befindliche Zukunft. Einziger „Lichtblick“ für den Sohn des berühmten Bildhauers Adolf von Donndorf war die bevorstehende Gründung des Landes Thüringens, aus der nach seiner Auffassung ab 1920 auch der Hauptstadt Weimar „neuer Segen erblühen“ könne. Dem Gegenüber standen für das Stadtoberhaupt die andauernden Unruhen in Form von Lohnkämpfen, Demonstrationen und Streiks wie auch die zunehmenden finanziellen, „zentrumschweren Lasten“ für die Kommunen. Besonders aufmerksam meinte er zudem auf das Schicksal der Soldaten machen zu müssen, von denen zum Zeitpunkt noch immer viele tausende vor allem in französischen Gefangenenerlagern ihre Entlassung ersehnten. Als direktes Erbe des Krieges waren sie – darunter auch etliche Sachsen-Weimarer – weiterhin Faustpfand zur Umsetzung der Friedensbedingungen und gleichzeitig Arbeitskräfteheer zur Beseitigung der immensen Kriegsschäden im Nachbarland.²⁹ Erst sechs Wochen zuvor waren in Weimar wie im Reich ganze Massen für eine „gewaltige Protestkundgebung“ auf die Straßen gegangen, um für deren Freilassung zu demonstrieren.³⁰ Ihr Ruf war dabei bis zu den Betroffenen gedungen, die sich entsprechend dankbar und hoffnungsvoll zeigten, dass sie auch fernerhin von der Heimat nicht vergessen werden würden.³¹ Im ähnlichen Tenor war die Neujahrskundgebung des Reichspräsidenten, bei der dieser vor dem Hintergrund der inneren Zerrissenheit und äußeren Bedrohung Deutschlands „Schicksalsfrage vor Augen“ hatte.³² Wenig über-

26 Zum Jahreswechsel, in: WLZ v. 1.1.1920.

27 Vgl. etwa Donndorfs Rede ein Jahr zuvor: Weimarer Gemeinderat, in: WLZ v. 3.1.1920.

28 Weimarer Gemeinderat, in: WLZ v. 3.1.1920.

29 Die Entlassungen begannen am 20./21.1.1920. Vgl. etwa Heimkehr aus der Sklaverei, in: TT v. 22.1.1920.

30 Vgl. hierzu auch Faludi: Weimar (2019), S. 147–168.

31 Dank der Gefangenen an das deutsche Volk, in: WLZ v. 1.1.1920.

32 Neujahrskundgebung des Reichspräsidenten, in: WLZ v. 2.1.1920.

25 Zum Jahreswechsel, in: WLZ v. 1.1.1920. Vgl. im Zusammenhang auch den Artikel desselben Autors: Schafft wieder Freude und Liebe zur Arbeit, in: WLZ v. 1.1.1920.

raschend zeichnete derweil die rechte Presse in der Sehnsucht nach ihrem „starken Mann“ ein dunkles Bild der Lage – in der Hoffnung, dass „der Retter diesem Lande kommen wird“. ³³ Währenddessen zitierte das linke Blatt Neue Zeitung angriffslustig den 1848er-Revolutionär Maximilian Dortu mit den Worten: „Das neue Jahrzehnt, es wird das unsere“. ³⁴

Außerhalb der Schreibstuben und Parlamente war das Bild zu Silvester ein anderes: Allen Unkenrufen zum Trotz gab der Jahreswechsel den Menschen sämtlicher Gesellschaftsschichten im Deutschen Reich wie auch in Weimar hauptsächlich einen mehrtägigen Anlass zum Feiern. Das gefiel freilich nicht jedem, und so schimpfte auch der Erzieher Curt Weiß über die Zeitverhältnisse in seinem Tagebuch: „Es ist als ob alle Ruhe, Sammlung, Vernunft zum Teufel gegangen ist in dieser Massenpsychose der zur Herrschaft gekommenen Hirnkrankenmasse.“ ³⁵ Eingeläutet wurde der Reigen traditionell bereits Mitte Dezember mit allerhand Weihnachtsfeiern verschiedenster Gruppierungen. Anschließend war der „Briefkasten“ der Landes-Zeitung – eine Art soziales Medium zum Austausch von Botschaften – einmal mehr mit seitenweisen Glückwünschen gefüllt, in denen sich die Menschen gegenseitig „Prosits“ schickten. ³⁶ Am letzten Tag des Jahres prosteten sich die Gruppen Feiernder schließlich auch persönlich zu, um Abschied vom alten Jahr zu nehmen, indem sie das neue begrüßten. So sorgte etwa „Schwester Emmy in rührender Weise für den Silvesterpunsch und Kuchen“ zur Freude der Pensionäre im Albert Voigt-Stift während „das laute geräuschvolle Nacht- und Lokalleben“ voller jüngerer Menschen war. ³⁷ Stark frequentiert wurden vor allem die „öffentlichen Tanzbelustigungen“ etwa beim Künstlerball im Residenztheater oder dem Fest der Büchsen-schützenkompanie im Schießhaus. Im Haus des 1908 verstorbenen Dichterprinzen Emil von Schoenaich-Carolath verlobte sich derweil dessen 20-jährige Tochter Renata „mit seiner Durchlaucht dem Erbprinzen“ Botho zu Stolberg-Wernigerode. ³⁸ Wenige Straßen entfernt betrieben unbekannte Täter einen leichtsinnigen „Bubenstreich“, ³⁹ indem sie gegen elf Uhr in der Töpfergasse eine Handgranate zur Explosion brachten. Angeblich sollte das „Attentat“ ein „von gewissen ‚Damen‘ bewohntes Haus“ treffen. ⁴⁰ Rund 50 Fensterscheiben angrenzender Häuser zerbarsten. ⁴¹ Verletzt oder gar

getötet wurde jedoch niemand, da sich zum Zeitpunkt keine Menschen auf der Straße befanden. Die strömten erst während der „zwölf Glockenschläge“ um Mitternacht ins Freie, um bei milden Temperaturen zuzusehen, wie vom Flugplatz am Webicht Hinterlassenschaften aus dem Krieg in die Luft geschossen wurden. Laut lokaler Presse erhellten die „aufgelassenen viel-farbigen Leuchtkugeln [...] das bunt bewegte Nachtbild mit einem feenhaften Zauber“. ⁴² Auch manch Weimarer Zivilist beteiligte sich an dem Treiben mit „Freudenschüssen“ in die Luft. Und der „frevelhafte Unfug“ bewies der sozialdemokratischen Volkszeitung, „daß noch recht viel Schußwaffen im Besitz der Bevölkerung sind.“ ⁴³

Erheblichen Zulauf erhielten seinerzeit vor allem die Veranstaltungen am Neujahrstag, sodass Weimars Säle auch am 1. Januar bestens gefüllt waren: Im Stadthaus feierte der Geselligkeitsverein „Fidelis“, in der „Erholung“ der Verein Angehöriger des ehemaligen Feldartillerie-Regiments Nr. 55, ⁴⁴ im großen Volkshaussaal brachten Mitglieder der 1919 ins Leben gerufenen Weimarer Freien Volksbühne das Stück „Strom“ einem überwiegend proletarischen Publikum zur Aufführung, ⁴⁵ währenddessen das von der gehobeneren Schicht bis auf den letzten Platz gefüllte Residenztheater die Operette „Ein Walzertraum“ verfolgte. ⁴⁶ Im Deutschen Nationaltheater stand „Die Walküre“ auf dem Spielplan, im Lichtspielhaus lief die Tragödie „Indische Nächte“ und Weimars Filmpionier Louis Held brachte Henny Portens Lustspiel „Die Fahrt ins Blaue“ auf die Leinwand; indes lauschten die „feineren Kreise“ im Russischen Hof einem Künstlerkonzert. ⁴⁷

*

1. Januar 1920: Auszug aus einem Artikel der Weimarerischen Landes-Zeitung zum Neujahrstag 1920

Neujahr 1920.

Das alte Jahr geht zu Ende, ein neues steigt herauf. Wer will sagen, was es bringt. Wir sind aus den ruhigen Gleisen herausgeworfen. Kaum daß wir noch darauf achten, daß die Weltgestirne ihre ewige Bahn ziehen, daß Wochen zu Monaten und Monate zu Jahren sich vollenden. Wir stehen immer noch an demselben Fleck: wo der Schlag Deutschland traf, wo Pandoras Büchse sich öffnete und Deutschlands Freiheit dahinsank, seine Zukunft in tiefe Nacht tauchte. Noch immer ist kein Friede. Und wenn die Kunde kommt, daß endlich Friede geworden: welch ein Friede! Alles, was wir tun,

³³ Silvesterfeier, in: TT v. 2.1.1920.

³⁴ 1920, in: NZ v. 1.1.1920.

³⁵ Tagebücher Weiß (63/1919), S. 62.

³⁶ Vgl. etwa die Annoncenten in: WLZ v. 1./2.1.1920.

³⁷ Albert Voigt-Stift, in: WLZ v. 2.1.1920; Silvesterrausch, in: TT v. 2.1.1920.

³⁸ Verlobung, in: WLZ v. 2.1.1920. – Der Artikel nennt fälschlicherweise den Vornamen Katharina. Vgl. auch Verlobung, in: TT v. 2.1.1920.

³⁹ Zur Festnahme der Handgranatenwerfer, in: TT v. 16.1.1920.

⁴⁰ Ein Handgranaten-Attentat, in: TT v. 2.1.1920; 200 Mark Belohnung, in: VZ v. 5.1.1920. – Zu Schießereien an Silvester kam es auch im Umland, als etwa im nahen Ulrichshalben ein Mann auf seinen Nebenhühler aus Obmannstedt feuerte und dafür „weidlich“ verprügelt wurde. Vgl. Ulrichshalben, in: TT v. 10.1.1920.

⁴¹ Handgranatenexplosion, in: WLZ v. 2.1.1920; Die Neujahrsnacht, in: VZ v. 3.1.1920; Die Handgranatenwerfer in der Töpfergasse, in: WLZ v. 15.1.1920.

⁴² Zur Jahreswende, in: EG v. 4.1.1920; Silvesterfeier, in: TT v. 2.1.1920.

⁴³ Die Neujahrsnacht, in: VZ v. 3.1.1920.

⁴⁴ Verein Angehöriger des ehemaligen Feldartillerie-Regiments Nr. 55, in: WLZ v. 2.1.1920; G.-V. Fidelis, in: TT v. 5.1.1920.

⁴⁵ Weimarer Freie Volksbühne, in: WLZ v. 1.1.1920.

⁴⁶ Residenztheater, in: WLZ v. 2.1.1920.

⁴⁷ Vgl. Annoncenten, in: WLZ v. 1./2.1.1920.

ist gebunden an das, was die anderen uns tun. Diese Kette schleppen wir vom alten ins neue Jahr, und noch sehen wir das Wunder nicht, daß sie uns lösen oder auch nur lockern wird.

Und dennoch! Vielleicht sind wir gegen das vergangene Jahr allzu undankbar; uns mangelt der genügende Abstand, um das, was in ihm zum Schlechten und zum Guten geschehen, richtig würdigen zu können. Wir wollen nicht ungerecht sein. Zum mindesten eines müssen wir auf die Haben-Seite buchen, daß wir in den Strudel des Bolschewismus und Spartakismus, die in den ersten Monaten des Jahres sich auftaten, nicht versunken sind, und daß wir versucht haben, auf den gesetzlichen Boden einer Verfassung zurückzukehren. Es war doch nicht alles staatsverhaltende Kraft versiegt. Die Grundlagen wirtschaftlicher und staatlicher Ordnung, auf die ein Volk wie das deutsche, wenn es nicht verkommen soll, angewiesen ist, zeigen sich. Sie ruhen im deutschen Wesen und nirgends sonst. Die Feinde wollen es mit Deutschen zu tun haben, also müssen wir auch Deutsche sein wollen, müssen Hand anlegen am Wiederaufbau unseres Hauses auf dem Fundament, das deutsche Art gelegt hat. Und wer die Zeichen der Zeit zu deuten versteht, sieht, daß im vergangenen Jahr 1919 in dieser Richtung trotz alledem Fortschritte gemacht sind, daß unser Volk wieder beginnt sich auf sich selbst zu besinnen und wieder Verständnis gewinnt für die alten, unverlorenen Werte seiner Geschichte und seines besten Wesens. [...]

Quelle: Weimarerische Landes-Zeitung Deutschland vom 1. Januar 1920 (gedr. Ausf.)

2. Januar 1920: Artikel der Thüringer Tageszeitung über das Silvesterfest in Weimar

„Silvesterrausch“.

Und wieder war es ein Vergessen und augenblickliches Beiseiteschieben der tiefsten Gedanken an die dunkle Gegenwart mit ihren an Trostlosigkeit grenzenden Ausblicken für die Zukunft. Aehnlich wie beim Weihnachtsfeste, nur mit dem einen scharfen Gegensatz, daß dort das anmutige Gepräge einer ausgesprochenen familiären Feier in wohlthuende Erscheinung trat, während bei der Silvesterfeier das laute geräuschvolle Nacht- und Lokalleben sich nach Möglichkeit auszutoben suchte durch Veranstaltungen mancherlei Art, angefangen vom „Künstlerball“ im Residenztheater, dem Ballvergnügen der Büchschützenkompanie im Schießhause bis zu den öffentlichen Tanzbelustigungen in den verschiedenen bekannten „Balllokalen“ unserer Landeshauptstadt. Nicht zu vergessen die gefällig wirkenden Künstlerkonzerte in den feineren Restaurants und Kaffeehäusern, die da und dort mit einem Tänzchen verbunden waren. Ueberall, wohin man sah und lauschte, war fröhliches Leben und Treiben zu bemerken und es fehlte daneben natürlich auch nicht an zahlreichen



Die Büchschützenkompanie am Schießhaus, o.D. (Privatbesitz)

Silvesterfeiern, die sich in Privatkreisen und Familienzirkeln zusammengefunden hatten. Dort, so kann man wohl vermuten, mag es sicherlich am glücklichsten zugegangen sein, denn was könnte es Schöneres geben, als große und wichtige Gedenktage von der Art des Silvesterabends am häuslichen Herde zu begehen?

Mit etwas mehr „Knalleffekt“ als das in den verflossenen letzten Jahren der Fall zu sein pflegte, trat man hierorts in das Jahr 1920 ein. Als feierliches Glockengeläute von allen Türmen der Stadt den großen Augenblick verkündete, daß sich das alte Jahr verabschiedete, da mischten sich „Freudenschüsse“ in das laute „Prosit Neujahr“, das sich von Mund zu Mund der die Straßen und Plätze belebenden Gruppen fortpflanzte und seinen Widerhall fand, durch die aus den geöffneten Fenstern hernieder tönenden Gegenrufe. Und hochauf ragten und schossen die vom Flugplatz an den 90 Aeckern aufgelassenen vielfarbigen Leuchtkugeln, die das bunt bewegte Nachtbild mit einem feenhaften Zauber überstrahlten. Fürwahr eine selten milde Silvesternacht, wie zum Feiern im Freien geschaffen, denn linde Frühlingslüfte wehten, so daß von winterlicher Kälte oder Schneespuren nichts zu bemerken war. Sollte es als eine gute Vorbedeutung für das nun angebrochene Jahr gelten können, daß uns sein Kommen mit so lindem Hauch begrüßte und der Neujahrsmorgen mit goldenem Sonnenschein ins Land zog, der just den verkaterten Silvesterbummlern den Schlaf aus den Augen scheuchte? „Hoffnung läßt nicht zuschanden werden!“ Hoffen denn auch wir mit allen unseren verehrten Lesern, daß die allgemeinen Verhältnisse duldsamere werden mögen, als sie es bisher gewesen sind. Wenn jedoch der Retter diesem Lande kommen wird, im Dunkel der Zukunft liegt des Rätsels Lösung verborgen.

Quelle: Thüringer Tageszeitung vom 2. Januar 1920 (gedr. Ausfertigung)

Verzweiflungskampf

Während sich weite Teile der deutschen wie auch Weimarer Bevölkerung seit dem Kriegsende einer viel gezeigten „Tanzwut“ gegen alle widrigen Verhältnisse hingaben,⁴⁸ entfremdeten sich andere immer mehr von allen Entwicklungen – beziehungsweise entfremdete sich die Gesellschaft von jenen, die mit dem veränderten Takt nicht Schritt halten konnten. Parallel zum damit einhergehenden Verlust von Bindungen schnellten 1920 die Berichte über Selbsttötungen nach oben. Im Wortlaut der zwei Jahrzehnte zuvor veröffentlichten Studie des französischen Soziologen Émile Durkheim ausgedrückt, korrelierte die Selbstmordrate „umgekehrt zum Ausmaß der Integration sozialer Gruppen, denen die Individuen angehören [...]“. Es muss deshalb eine Kraft in ihrer allgemeinen Umgebung bestehen, die sie alle in die gleiche Richtung treibt, deren größere oder geringere Stärke eine größere oder geringere Zahl von Individuen zum Selbstmord treibt.⁴⁹ Einen speziellen Typus definierte der Verhaltensforscher seinerzeit unter dem Begriff des „anomischen Selbstmordes“, dessen Ursachen er auf dynamische Wandlungen von Gesellschaften zurückführte. Infolge der dabei entstehenden „Unordnung“ verliere das Individuum die Beherrschung und flüchte sich gewissermaßen in einen selbst „kontrollierten“ Freitod. Besonders anfällig waren nach Durkheims Hypothese alleinstehende Männer aus protestantischen Milieus, Soldaten in Friedenszeiten und kinderlose Frauen – was in der Beschreibung vielen Menschen aus Weimars Gesellschaft sehr nahe kam.

Laut offizieller Zählung des lokalen Polizeiberichtes hatten im Jahr 1919 insgesamt 16 Weimarer Selbstmord verübt; je die Hälfte waren Männer und Frauen. „Von diesen Unglücklichen sind drei durch Ertränken, sieben durch Vergiften, fünf durch Erhängen und einer durch Erschießen aus dem Leben geschieden.“⁵⁰ Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich darüber gelegen haben. Für eine mittelgroße Stadt mit rund 38.000 Einwohnern bedeuteten jedoch schon die bekannten Fälle ein enormes Volumen, das den nationalen Durchschnitt um rund das Doppelte übertraf!⁵¹ Weit aus mehr Menschen waren hier wie anderswo bei ihren Selbstmordversuchen gescheitert – was in keiner Statistik vermerkt wurde. Dafür fanden Fälle mit spektakulärem Verlauf Eingang in die Gazetten und animierten Nachahmer. In der Goethestadt wurde der sogenannte Werther-Effekt vor

allem um den Jahreswechsel 1919/20 spürbar:⁵² Bereits am 2. Januar verschwand die „gemütskranke“ Ehefrau des „Beamten B. [...] und zurückgelassene Briefe lassen darauf schließen, daß sich Frau B. ein Leid angetan hat.“⁵³ Am 13. Januar stürzte sich ein „junges Mädchen [...] von der Naturbrücke aus in die vom Hochwasser angeschwollene Ilm [...]. In der Nähe des ‚Sternes‘ blieb die Leiche an Baumwurzeln hängen, so daß sie am nächsten Morgen mit Mühe aus dem Wasser gezogen werden konnte.“⁵⁴ Die Zeitungen vermuteten „Liebeskummer“ als Hintergrund zur Tat. Wobei das Motiv stets sehr leichtfertig zugeschrieben wurde, wenn es sich um jüngere Frauen handelte.⁵⁵ Am 20. Januar schoss sich der unlängst aus dem Krieg heimgekehrte „Arbeiter M. aus der Bertuchstraße [...] mit einem Revolver durch den Kopf“. Schwer verwundet rannte er anschließend „blutverströmt auf die Straße [...]“. Die Polizeibeamten legten dem Unglücklichen einen Notverband an und brachten ihn in das städtische Krankenhaus. [...] Der Tat soll eine erregte Auseinandersetzung vorangegangen sein, wo es auch an Schlägen nicht gefehlt hat.“⁵⁶ Tags darauf verübte ein junger Mann in einem Geschäft den Versuch zur Selbsttötung, „indem er sich zu vergiften suchte. Der Vorgang wurde indessen rechtzeitig bemerkt und ärztliche Hilfe sofort herbeigeht.“⁵⁷ Anfang Februar 1920 erreichten die Zeitungsmeldungen ihren Höhepunkt, als drei Schlagzeilen in einer Spalte über vermutlich vier Tote an nur einem Tag berichteten.⁵⁸ Wenngleich die Selbsttötungen mit dem Frühjahr deutlich zurückgingen und es über den Sommer nur vereinzelte „Opfer der Zeitverhältnisse“ gab, häuften sich die Ereignisse zum Jahresende erneut.⁵⁹ Parallel zu dieser Entwicklung gelangten mehrfach Kindstötungen zur wiederkehrenden Schlagzeile. So wurde beispielsweise „abermals“ Mitte Januar 1920 „in einer Tonne in der Abfuhranstalt eine weibliche Kindesleiche gefunden. Die [...] Sektion hat ergeben, daß das Kind nach der Geburt gelebt hat, daß also ein Mord vorliegt.“⁶⁰

Neben individuellen gesellschaftlichen Entfremdungen waren auch allerhand kollektive Ängste virulent. Tradiert wurden einmal mehr vor allem Ressentiments gegen „kriminelle Ausländer“, vornehmlich aus Osteuropa.⁶¹ Hinzu kamen alltägliche Meldungen über Diebstähle, Einbrüche und Ge-

52 Zum konkreten Nachahmungseffekt vgl. etwa das Beispiel: Wiederum ein Opfer der Zeitverhältnisse, in: WLZ v. 17.7.1920.

53 Ein schweres Geschick, in: TT v. 7.1.1920; Spurlos verschwunden, in: VZ v. 8.1.1920. Vgl. auch: Noch immer nicht wieder zurückgekehrt, in: TT v. 16.1.1920.

54 Selbstmord, in: WLZ v. 16.1.1920; Eine Lebensmüde, in: TT v. 16.1.1920; Eine weibliche Leiche, in: VZ v. 16.1.1920.

55 Vgl. etwa: Wieder ein Selbstmordversuch, in: WLZ v. 23.9.1920.

56 Selbstmordversuch, in: WLZ v. 21.1.1920; Einen Selbstmordversuch, in: TT v. 28.1.1920.

57 Einen Selbstmordversuch, in: TT v. 22.1.1920.

58 Noch nicht zurückgekehrt; Erschossen; Eine Leiche, in: VZ v. 3.2.1920.

59 Vgl. etwa: Verschwunden, in: TT v. 24.1.1920; Eine weibliche Leiche, in: VZ v. 29.3.1920; Freiwillig aus dem Leben geschieden, in: WLZ v. 8.5.1920; Selbstmord im Parke, in: WLZ v. 9.8.1920; Selbstmordversuch, in: WLZ v. 20.9.1920 etc.

60 Abermals eine Kindesleiche gefunden, in: TT v. 21.1.1920; Kindesmord, in: WLZ v. 23.1.1920; Eine weibliche Kindesleiche, in: VZ v. 22.1.1920; Zum Fund der Kindesleiche, in: TT v. 24.1.1920. Zum Ende des Jahres nahmen vor allem die sichtbaren Selbstmorde wieder zu – vgl. etwa: Selbstmord, in: TT v. 7.12.1920.

61 Vgl. etwa: Mit Beilen erschlagen, in: WLZ v. 5.2.1920.

48 Vgl. hierzu Faludi: Weimar (2019), S. 234–241. Zitat: Tagebücher Weiß (63/1919), S. 38.

49 Durkheim: Suicide (1897), S. 223, 343.

50 Selbstmorde im Jahre 1919, in: WLZ v. 23.1.1920; Ein trauriges Kapitel in der Lokalpolitik, in: TT v. 23.1.1920; Den Freitod, in: VZ v. 26.1.1920.

51 Im Jahr 1920 verübten im Deutschen Reich auf 100.000 Einwohner gezählt 21,8 Suizid. Vgl. Rahlf (Hg.): Deutschland (2015), S. 80. Vgl. zum Kontext Suizidalität in der Weimarer Republik etwa: Goeschel: Suicide (2009), S. 11–55.

waltverbrechen bis hin zum (Raub-)Mord. Furcht schürten ferner ständige Warnungen vor Schiebern und Schwindlern, die Geschäftsleute wie Privatpersonen zu bestehlen versuchten.⁶² Effekte hatten zudem immer neue Bedrohungsszenarien aus anderen Regionen des Reiches. So drohten die Massendemonstrationen von USPD und KPD gegen das Betriebsrätegesetz, die am 13. Januar 1920 zu einem „Blutbad vor dem Reichstag“ mit etlichen Toten und Verletzten eskaliert waren, reichsweit in bürgerkriegsartige Kämpfe zu münden.⁶³ Auch die hiesige Arbeiterschaft versetzten die Berliner Ausschreitungen fast auf den Tag genau ein Jahr nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Aufruhr, wurden sie doch vor allem von bürgerlicher Seite als ein erneuter linker Putschversuch gedeutet.⁶⁴ „Erhöhte Wachsamkeit“ erforderten zudem Naturgewalten. So überschwemmte kurz nach Neujahr ein Hochwasser weite Teile der Region und legte dabei unter anderem das Weimarer Elektrizitätswerk lahm. Mancher fühlte sich angesichts der Ausmaße schon an die Jahrhundertflut von 1890 zurückerinnert.⁶⁵ In der zweiten Januarwoche richtete zudem ein „abnormer“, mehrere Tage wütender Orkan „große Zerstörungen an.“⁶⁶ Dem nicht genug, erreichten im Februar 1920 – und damit in einer Zeit, in der Schuhe für viele Menschen ein unbezahlbarer Artikel und die Brotzuteilungen auf 270 Gramm täglich rationiert waren – einmal mehr Ausläufer der gefürchteten Spanischen Grippe die Stadt. In der Lokalzeitung konnte man daraufhin lesen: „Infolge der Unterernährung unterliegen die Befallenen meistens einer sehr starken Erkrankung, die vielfach zum Tode führt.“⁶⁷ Und: wie „ein Würgengel geht die heimtückische Krankheit durch unsere Straßen und fordert Opfer auf Opfer.“⁶⁸ Dass die Infizierten- und Todeszahlen durch die mittlerweile einsetzende Grundimmunität wesentlich niedriger lagen als in den Vorjahren, war für die Ängste vor der Pandemie unerheblich. Vielmehr schrieben ihr die Zeitgenossen „denselben Charakter wie ihre[r] Vorgängerin im Jahre 1918“ zu: „Ueber die Entstehung und Verbreitung, sowie über ihr ganzes Wesen sind sich die Aerzte und Gelehrten noch nicht einig, auf alle Fälle besteht aber die Uebertragbarkeit von einem Menschen auf den anderen, das beweisen überaus zahlreiche Familienerkrankungen.“⁶⁹ Von den bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse gemeldeten Patienten star-

ben im Frühjahr 1920 rund vier Prozent.⁷⁰ Allerdings war nur jeder dritte Weimarer dort versichert, sodass die tatsächliche Sterblichkeitsrate deutlich höher gewesen sein dürfte – zumal sich nur besser gestellte Schichten den Schutz leisten konnten.⁷¹ Aufgrund fehlender Medikamente wie Behandlungsmöglichkeiten empfahlen Mediziner allen Infizierten: „Man lege sich sofort ins Bett und mache, unterstützt durch reichliches Trinken heißen Flieder-, Brust- oder Lindenblütentees, eine Schwitzkur. Die Kranken sind von den übrigen Familienangehörigen möglichst abgesondert zu halten. Ihr Eß- und Trinkgeschirr ist stets sorgfältig zu reinigen und darf von anderen Personen nicht benutzt werden. Auch vermeide man den Besuch von Erkrankten. Die allgemeinen Gesundheitsregeln: Körperwäsche, öfteres Mundspülen, Händewaschen vor jedem Essen sind besonders zu beachten. Vor nassen Füßen nehme man sich in Acht.“⁷²

Vor dem Hintergrund aller unmittelbaren Gefahren wurde die Krisenzeit zu Jahresanfang jedoch nirgendwo so deutlich spürbar wie in der andauernden Mangelversorgung mit Nahrungsmitteln oder Brennstoffen.⁷³ Und während Weimars elitäre Zirkel fortwährend genügend Energie besaßen, um sich öffentlichkeitswirksam in den Feuilletons der lokalen wie überregionalen Gazetten darüber zu streiten, was „deutsche Kunst“ sei und ob das zum Zeitpunkt noch völlig unbedeutende Bauhaus in die „Musenstadt“ passe,⁷⁴ oder der neue Intendant des Nationaltheaters, Ernst Hardt, den „Geist von Weimar“ mit seinem Programm zu einem Variété „herabwürdigte“,⁷⁵ durchlebte die Masse der Bevölkerung im Winter 1919/20 erneut eine wahre Katastrophe in vielfacher Ausprägung.⁷⁶ Dabei war es zunächst nur eine Episode von sehr geringer Dramatik, dass im Deutschen Nationaltheater die Vorstellungen des Stückes „Gas“ ohne den Dampfeffekt stattfinden mussten, da dieser „jedesmal einen Kohlenverbrauch von fünf Zentnern beansprucht hätte.“⁷⁷ Vielmehr waren die Eingänge zu verteiler Brennstoffe bei der Ortskohlenstelle seit November 1919 derart zurückgegangen, dass sie in den ersten Wochen des Jahres 1920 nurmehr einen Bruchteil des tatsächlichen Bedarfes zur lebenswichtigen Versorgung der gesamten Stadt betrug – was die Reserven in den Haushalten und Lagern rasant schmelzen ließ. Gleichzeitig geriet die Einrichtung in Verruf, da Unregelmäßig-

62 Vgl. etwa: Warnung vor Schwindlern, in: WLZ v. 11.2.1920.

63 Vgl. zur regionalen Berichterstattung etwa: Proletarierblut färbt abermals das Berliner Straßenpflaster, in: NZ v. 15.1.1920.

64 Vgl. etwa zur Protestversammlung im Volkshaus: Weimar, in: NZ v. 19.1.1920. Zu den Berliner Ereignissen vgl. Weipert: *Revolution* (2015), S. 160–189. – Zur Erinnerung an den Januar 1919: Den großen Toten der Revolution, in: NZ v. 16.1.1920. Vgl. auch: Den Ausnahmezustand verhängt, in: VZ v. 14.1.1920. Zur Prägung vgl. Jones: *Anfang* (2017).

65 Hochwasser in Thüringen, in: WLZ v. 13.1.1920; Zum Hochwasserstand in Weimar, in: TT v. 15.1.1920.

66 Orkanartiger Sturm, in: WLZ v. 12.1.1920.

67 Vorsichtsmaßnahmen gegen die Grippe, in: WLZ v. 25.2.1920.

68 Die Grippe in Weimar und Umgegend, in: WLZ v. 1.3.1920; Eine neue Grippewelle geht durch die Welt, in: VZ v. 13.3.1920.

69 Grippeerkrankungen, in: WLZ v. 11.3.1920.

70 Nach neueren Schätzungen starben weltweit rund 50 Millionen Menschen an der Spanischen Grippe, das entspricht rund drei Prozent der damaligen Weltbevölkerung. Vgl. etwa: Honigsbaum: *Pandemic* (2019).

71 Die allgemeine Ortskrankenkasse zu Weimar, in: VZ v. 21.7.1920.

72 Vorsichtsmaßnahmen gegen die Grippe, in: WLZ v. 25.2.1920. Teilweise abgeschrieben: Weimar, in: NZ v. 28.2.1920.

73 Vgl. zum Jahr 1919: Faludi: Weimar (2019), S. 18–27, 159–178.

74 Der sogenannte Bauhaus-Streit erlebte um die Jahreswende 1919/20 seinen Höhepunkt. Allein in der bürgerlichen Landes-Zeitung und nur für den Januar 1920 wurden 19 größere Streit-Artikel gedruckt. Vgl. zur Vorgeschichte u. a. Faludi: Weimar (2019), S. 251–267 sowie insgesamt v. a. Wahl: *Bauhaus* (2009), S. 511–636.

75 Vgl. zur Kampagne gegen Hardt in den Gazetten 1920 beispielhaft: Wird dem Landtag der „Geist Weimars“ erscheinen, in: TT v. 1.7.1920.

76 Die Kohlenkatastrophe in Weimar, in: WLZ v. 10.1.1920.

77 Deutsches Nationaltheater, in: WLZ v. 1.1.1920.

keiten vorkamen. Curt Weiß notierte entsprechend: „die Staatsanwaltschaft ist noch in Weimar unglaublichen Kohlenschiebereien auf der Spur; den 1. Angestellten der Ortskohlenstelle hat man bereits in Untersuchungshaft genommen. Dabei können u. wollen die nächsten Braunkohlenwerke bei Merseburg liefern; aber man stellt ihnen keine Eisenbahnwagen. [...Und] im übrigen friert man, friert man, friert man, weil hirnlose Kohlenarbeiter ihre Pflicht versäumten!“⁷⁸ Im Resultat waren auch die städtischen Behörden gezwungen, ihre Öffnungszeiten drastisch reduzieren oder die Einrichtungen gleich ganz schließen. Das Landgericht etwa konnte mehrere Wochen kaum tagen, die Kinderbewahranstalt erst gar nicht öffnen.⁷⁹ Schon im Oktober 1919 musste die Sophienheilstätte auf dem Emskopf „gegen 180 schwer tuberkulös Kranke nach Hause schicken aus Kohlenmangel“.⁸⁰ Am 27. Dezember 1919 schloss das Weimarer Sophien-Klinikum zunächst das Haus Wette; ab dem 9. Januar lagen die 192 Patienten des gesamten Komplexes – auch die Grippeinfizierten im voll belegten „Haus für ansteckende Krankheiten“ – bei Temperaturen um den Gefrierpunkt „ohne Befuerung“ in ihren Betten. Sämtliche Räume des Personals und das Schwesternhaus waren da längst schon ungeheizt. Die Situation sollte erst im März wieder verbessert werden können.⁸¹ Derweil zwangen die Einschnitte die Gemeindeverwaltung zur Verordnung von wochenlangen „Kohleferien“ für die Schulen. „Ich kann kaum schreiben, so friere ich!“ – hielt der Lehrer Curt Weiß hierbei fest.⁸² Ferner musste das Gaswerk schließen, wodurch in vielen Haushalten die Herde nicht mehr betrieben werden konnten und die Stadt ohne Nachtbeleuchtung der Laternen blieb – was wiederum die Kriminalität anheizte.⁸³ Da die Kessel der Lokomotiven nicht befeuert werden konnten, stellten gleichfalls die Eisenbahnen immer wieder ihre Verbindungen ein. Sofort machten allerhand Gerüchte über angebliche Bevorzugungen, Schiebungen, Verschwendungen sowie behördliches Versagen gegen das „heillose Wirrwarr“ die Runde. Und vielerorts fragten die Menschen lauthals: „Wo bleibt da die vor dem Kriege auch vom Auslande so oft gerühmte deutsche Organisation?“⁸⁴ Aufgewiegelt wurde die Stimmung gegen die Behörden überdies von der rechten Tagespresse, die sich auch nicht zu schade war, einen wirren Zusammenhang der „schier unerträglichen Zustände in Weimar“ mit der Tagung der Nationalversammlung vom Vorjahr herzustellen und da-

78 Tagebücher Weiß (63/1919), S. 77 u. 86. Vgl. auch: Die Kohlenfrage im Gemeinderat, in: VZ v. 9.1.1920; Ueber Kohlenversorgung, in: VZ v. 12.1.1920.

79 Aus den Gerichtssälen, in: WLZ v. 9.1.1920; Landgericht, in: TT v. 8.1.1920; Kinderbewahranstalt, in: WLZ v. 16.1.1920.

80 Tagebücher Weiß (63/1919) S. 67.

81 Kohlennot und Sophienhaus, in: WLZ v. 10.1.1920; Sophienhaus und Ortskohlenstelle, in: WLZ v. 14.1.1920; Betreffs Versorgung des Sophienhauses, in: VZ v. 14.1.1920; Brennstoffeingänge für Weimar, in: WLZ v. 14.1.1920; Von der Verwaltung des Sophienhauses, in: TT v. 15.1.1920; Kohlennot und Sophienheilstätte, in: VZ v. 11. u. 23.2.1920.

82 Tagebücher Weiß (63/1920), S. 117.

83 Von der Ortskohlenstelle, in: WLZ v. 3.1.1920.

84 Merkwürdige Erscheinungen über die Kohlenknappheit, in: WLZ v. 7.1.1920.



Das Sophienhaus, o.D. (Stadtarchiv Weimar)

mit ihre antidemokratische Systemkritik zu untermauern. In den Worten eines Lesers ausgedrückt, verfestigte sich das Narrativ wie folgt: „Wahrlich, in einer mehr wie traurigen Lage befinden wir Weimaraner uns! Und das alles nur der Ehre wegen, daß dem schmachvollen Frieden in Weimars Mauern zugestimmt werden durfte.“⁸⁵ In Reaktion auf derartige Angriffe tagte am 8. Januar das Weimarer Gemeindeparlament zur Kohlenfrage und vereinbarte die Zielsetzung, „durch restlose Aufklärung Beruhigung in die Bürgerschaft zu tragen“ sowie bei übergeordneten Stellen auf eine Verbesserung der Versorgung einzuwirken. Letztlich verdeutlichten alle Absichtserklärungen aber nur die Ohnmacht gegenüber einer Situation, in der „es tatsächlich schwer ist, die Erregung in Weimar zurückzuhalten, da gerade in den letzten Wochen die Heizstoffvorräte in fast sämtlichen Kellern so zusammengeschrumpft sind, daß die Hausfrauen geradezu Verzweiflung packt.“⁸⁶ Mut machte den Menschen in einer solchen Situation im besten Fall noch die „Beobachtung von Sonnenflecken“ durch „Wetterkundige“, die einen milden Fortgang des Winters prophezeiten.⁸⁷

Analog zu den Vormonaten verstanden es einmal mehr vor allem die politisch deutlich links stehenden Akteure, den Protest derart Verzweifeln-der auf die Straße zu lenken: Unter dem Eindruck des Leipziger Parteitages

85 Ueber die Ursachen der Kohlennot, in: TT v. 9.1.1920. – Zur Stimmung gegen Behörden vgl. etwa auch: Das Sophienhaus ohne Heizung, in: TT v. 7.1.1920.

86 Die Kohlenfrage im Gemeinderat, in: WLZ v. 8.1.1920; Ueber die Kohlenversorgung, in: TT v. 10.1.1920.

87 Kein strenger Winter mehr, in: TT v. 15.1.1920.

der USPD vom Dezember 1919 hatte so auch der Unabhängigen-Ortsgruppenleiter Adam Benewitz am 6. Januar vor seinen Weimarer Mitstreitern eine Ansprache über das Aktionsprogramm zur Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“ gehalten, welche durch die andauernde Krisenzeit wieder in greifbare Nähe zu rücken schien. Der Redner war in den Monaten nach der Revolution vom Maler zum Bürogehilfen und daraufhin zum führenden Vertreter des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrates aufgestiegen; anschließend hatte er Karriere als Politiker gemacht, saß als Abgeordneter der USPD im Landtag von Sachsen-Weimar-Eisenach sowie im Gemeinderat. Anfang 1920 hofften er und seine Genossen einhellig, dass es mit der zweiten Revolution fortan „auch in Weimar, der Hochburg der S.P.D., weiter vorwärts gehen wird.“ Und der Zulauf, den die Partei allerorten zuletzt verbuchen konnte, nährte diese Hoffnung immer weiter.⁸⁸ Nun galt es ihm, die Zeitverhältnisse zu nutzen, um die Obrigkeit dafür verantwortlich zu machen. Entsprechend drohte die Versammlung am 6. Januar angesichts vermeintlicher Beweise für die „ungerechte“ Verteilung von Waren in Weimar: „Wir werden in dieser Frage noch ein Wörtchen mit den Behörden zu reden haben.“⁸⁹ Vier Tage später – notierte Curt Weiß – „wird in Paris offiziell durch Unterzeichnung der Protokolle der Friede erklärt u. rechtskräftig. Zur Feier des Tages marschiert bei uns das arbeitende Volk um 12 Uhr mittags mit Musik vors Rathaus u. fordert Kartoffeln, Kohlen u. den Ettersberg frei für Holz. Wir eilen anscheinend dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu.“⁹⁰

Was der Erzieher kommentierte, war die erste Weimarer Mangedemonstration des Jahres 1920. Die Tradition für derartige Aufmärsche reichte bis weit in das Vorjahr zurück, sodass der Ablauf bereits einem gewohnten Muster folgte: Beginnend mit einem lautstarken Marsch vom Volkshaus durch die Stadt zum Rathaus, erregten sich die auf dem Marktplatz angekommen Protestierenden zur Empörung, provozierten die Sicherheitsleute und verübten leichte Ausschreitungen, derweil es zur Bildung einer Abordnung kam, die zur Verhandlung mit der Stadtspitze schritt und anschließend das Ergebnis vom Rathausbalkon verkündete, sodass die befriedigte Masse sich wieder zerstreute.⁹¹ Neu war im Januar 1920 allerdings, dass sich dieses Mal nicht mehr nur tausende Arbeiter und Angehörige niederer Gesellschaftsschichten am Spektakel beteiligten. Nachdem die Bezirkskommission vier Wochen lang statt Kartoffeln nur mehr notdürftige Ersatzmittel ausgeteilt hatte, die letzte Kohlenausgabe ebenfalls einen Monat zurücklag und die Stadt bereits seit drei Wochen ohne jede Gasbeleuchtung

blieb, war das Ende der „Schaftsgeduld“ auch bei den oberen Bevölkerungsschichten erreicht.⁹² Entsprechend fanden sich am 10. Januar 1920 gegen 11.30 Uhr zunächst vor dem Volkshaus, später auf dem Karls- und Museumsplatz „die Versicherungsbeamten, Post- und Bahnbeamten, städtischen Arbeiter u.v.m. [...ein], ihre Forderungen durch Plakate wie ‚Wir fordern Kohlen, Kartoffeln‘, ‚Wer zum Amt nicht fähig, tritt zurück‘, kennzeichnend.“ Begleitet von zwei Musikkapellen – die dem Aufzug „den Charakter eines sonntäglichen Volksumzuges gaben“ –⁹³ liefen die Menschen anschließend zum Bezirksdirektorium, nahmen dessen Direktor mit und gingen zur Versammlung auf den Marktplatz. Derweil warteten hier schon zahlreiche Zuschauer dichtgedrängt auf den „schier endlosen Zuge“, welcher am hinteren Ende die sich vereinzelt noch auf dem Wochenmarkt befindlichen Kartoffelbauern passierte, welche „keine Liebenswürdigkeiten zu hören“ bekamen. Ganz vorn bildete sich währenddessen eine Abordnung aus rund zwei Dutzend Gewerkschaftern unter Führung von Adam Benewitz, die ins Rathaus ging, um mit dem Oberbürgermeister Martin Donndorf, dem Bezirksdirektor des Kommunalverbandes, Regierungsrat Paul Hausmann, und dem Leiter der Bezirkskohlenstelle, Kaufmann Becher, über die als unzureichend empfundene Versorgungssituation zu verhandeln. Laut Presse entspann sich dabei eine „scharfe Debatte [...]“. Die Menge auf dem Marktplatz nahm unterdessen eine drohende Haltung ein und versuchte, das Rathaus zu stürmen, was jedoch an der Wachsamkeit der Schutzmannschaft scheiterte. Aus Wut schlugen einige Demonstranten die Türfenster mit den Plakatstangen ein.⁹⁴ Als das zur Schlichtung rausgeschickte linksliberale Gemeinderatsmitglied Hugo Kühn tätlich angegriffen worden war, „erschien auch ein Mann aus der Arbeiterschaft, der erklärte, das Rathaus werde gestürmt, wenn sich der Oberbürgermeister nicht auf dem Balkon zeige. Daraufhin begaben sich Dr. Donndorf sowie die Herrn der Bezirksdirektion und auch die Arbeitervertreter nach dem Balkon, um von hier aus zu den Demonstranten zu sprechen. Es bedurfte zunächst einer nicht geringen Anstrengung, um die erregte Menschen-schar wieder zu beruhigen.“ Währenddessen der MSPD-Kartellvorsitzende Emil Friedrich von radikalen Protestierenden durch „Schmährufe und allerhand Verdächtigungen“ niedergebrüllt wurde, schaffte es Adam Benewitz, seine Klientel zu beruhigen, indem er ihnen versicherte, „daß die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden sollen“. Im Anschluss erklärte auch „Dr. Donndorf in kurzen Worten [...], daß den gestellten Forderungen nach Möglichkeit in aller Kürze Rechnung getragen werden“ wird –⁹⁵ was ferner dazu führte, dass die vielfach provozierte und „aus Anlaß der

88 Die Weimarer Genossen blieben auch fernerhin hinter den Erwartungen zurück. Vgl. etwa: Weimar, in: NZ v. 26.1.1920.

89 Weimar, in: NZ v. 10.1.1920.

90 Tagebücher Weiß (63/1920) S. 97.

91 Vgl. Faludi: Weimar (2019), S. 159–178.

92 Die Riesendemonstration der Bevölkerung Weimars, in: VZ v. 13.1.1920.

93 Große Demonstration, in: WLZ v. 10. u. 11.1.1920.

94 Große Demonstration, in: WLZ v. 11.1.1920.

95 Der große Demonstrationszug, in: TT v. 11.1.1920.

Demonstration jedenfalls besonders bewaffnete Schutzmannschaft“ von weiteren Eingriffen Abstand nahm.⁹⁶

Im Ergebnis hatten sich die Parteien vorab darauf geeinigt, dass man zu Wochenanfang gemeinsam Arbeitslose auf das Land schicken wolle, „um Kartoffeln zu holen.“ Ebenso versprach die Stadtspitze, erneut bei höherer Stelle darauf hinzuwirken, dass die zugesicherten Kohlenlieferungen beschleunigt herbeigeschafft würden. Dazu sollte im Anschluss auch direkt mit der vis-à-vis im Fürstenhaus sitzenden Landesregierung verhandelt werden. Ferner erhielten bedürftige Familien insgesamt 2.000 Raummeter Holz aus dem Webicht und vom Ettersberg, das die Gemeinde selbst schlagen und gegen kleines Geld austeilen wollte. Zufrieden und im sicheren Gefühl, etwas erreicht zu haben, verließen die meisten Menschen daraufhin den Marktplatz und gingen ins Volkshaus oder nach Hause. Zurück blieben die entschiedeneren Teilnehmer und ein Reporter der bürgerlichen Presse. Der hielt anschließend fest: „Gerade diese jungen, verantwortungslosen Elemente waren es auch diesmal, die der ganzen Veranstaltung den Charakter einer rein politischen, sehr stark spartakistisch anmutenden Aktion verliehen, zumal dann die tobende Menge, die weiter das Bedürfnis zum Austoben fühlte, sich nach dem Fürstenplatz begab, um gegen die Staatsregierung zu demonstrieren. Hier versuchten ortsfremde Agitatoren die Menge aufzuhetzen, was ihnen teilweise auch gelang.“⁹⁷ Laut Thüringer Tageszeitung hatte „der Löwe [...jetzt] Blut geleckt“, was dazu führte, dass es auch am Roten Schloss zu Ausschreitungen kam, weil darin Schieber vermutet worden waren. Von Rednern aufgepeitscht wurde selbst der eilig herbeigeholte sozialdemokratische Staatsminister August Baudert „bei seiner Ankunft mit Pfeifen und Johlen empfangen.“⁹⁸ Auf „Beschimpfungen und Verleumdungen wie Volksverräter, Lump und ähnlichen Lebenswürdigkeiten“ ließ er dennoch eine Rede vom Marktbrunnen folgen. Baudert versuchte dabei, „beruhigend auf die Masse einzuwirken“ und forderte sie auf, eine Kommission zu bilden, mit der die Regierung verhandeln könne – was auch geschah.⁹⁹ Derweil kamen acht der „Radaubröder“ in Haft, was einige Mitbürger mit „aufrichtiger Freude und innerer Befriedigung“ erfüllte in dem Wunsch, dass „ihnen die Lust zum Raufen und die Sucht zum Zerstören ein für allemal gründlich verleidet“ würde.¹⁰⁰ Zwei von ihnen – ein 16- und ein 18-jähriger Lehrling – wurden zehn Monate später wegen Landfriedensbruchs zu mehrwöchigen Gefängnisstrafen verurteilt.¹⁰¹ In un-



August Baudert auf dem Weimarer Theaterplatz, 1919
(Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar)

mittelbarer Konsequenz einigte sich der Gemeindevorstand darauf, in Zukunft grundsätzlich keine Abordnungen von Demonstrationen mehr zu empfangen und jegliche Störer unverzüglich anzuzeigen.¹⁰² Das veranlasste die linksradikale Presse wiederum zu der Drohung, „daß die Arbeiterschaft das Stadtoberhaupt bei ähnlichen Fällen schon zu finden wisse und auch zum Verhandeln bringen wird.“¹⁰³ Am Nachmittag des Aufruhrs hatte sich indes die Versammlung in das überfüllte Volkshaus verlagert, wo der sozialdemokratische Staatsrat Julius Palm eine Erklärung über die Verhandlungen mit der Regierung von Sachsen-Weimar-Eisenach abgab. Wie der Gemeinderat setzte diese darauf, dem Protest die Dynamik zu entziehen, indem der Bevölkerung ein Bereich des Ettersberges zur Abholzung freigegeben wurde.¹⁰⁴ Zwei Tage später meldete die Landes-Zeitung: „Es gibt Kartoffeln.“ Ferner wurde am 5. Februar bekannt, dass die „fortgesetzten Bemühungen der Gemeindebehörden und der Ortskohlenstelle auf Vermehrung der Menge des Hausbrandes“ erfolgreich waren.¹⁰⁵ Allein an der Gesamtsituation änderte die Aufstockung um 300 Tonnen Briketts auf dem

96 Demonstration, in: VZ v. 12.1.1920.

97 Große Demonstration, in: WLZ v. 11.1.1920; Demonstration, in: VZ v. 12.1.1920; Die Riesendemonstration der Bevölkerung Weimars, in: VZ v. 13.1.1920.

98 Nachklänge zur Kundgebung vom Sonnabend, in: TT v. 13.1.1920.

99 Demonstration, in: VZ v. 12.1.1920. Zitate: Baudert: Ende (1923), S. 57.

100 Festnahme der Ruhestörer, in: WLZ v. 13.1.1920; Weimar, in: NZ v. 16.1.1920. Zitate: Die Demonstration, in: WLZ v. 31.1.1920.

101 Nachklänge von der Lebensmittel-Demonstration, in: DV v. 8.11.1920; Ein Nachspiel zum Demonstrationzug vom 20. Januar, in: WLZ v. 13.11.1920.

102 Gemeindevorstand und Demonstration, in: WLZ v. 14.1.1920; Keine Verhandlungen mehr mit Demonstranten, in: TT v. 14.1.1920; Gegen die Demonstrationsabordnungen, in: VZ v. 14.1.1920.

103 Weimar, in: NZ v. 19.1.1920.

104 Der Ettersberg als Holzlieferant, in: WLZ v. 13.1.1920. Vgl. auch: Faludi: Weimar (2019), S. 18.

105 Steigerung des Kohlenkontingents in Weimar, in: WLZ v. 4.2.1920; Die Brennstoffversorgung Weimars, in: VZ v. 7.2.1920.

Papier wenig, da diese aufgrund der Produktions- und infrastrukturellen Verhältnisse gar nicht unmittelbar verfügbar gemacht werden konnten.¹⁰⁶

Ohne die benötigten Brennstoffe mussten kurze Zeit später auch die Backstuben ihre Produktion zurückfahren, was die Lebensmittelversorgung insofern tragisch einschränkte, da die rationierte Getreideversorgung im Gegensatz zu der mit Kartoffeln oder tierischen Erzeugnissen einigermaßen stabil gewährleistet werden konnte. Anfang Februar war auch die Volkshochschule gezwungen, ihr Kursprogramm zu reduzieren. Vier Tage später schlossen die öffentlichen Badeanstalten, was zusätzlich der „Volksgesundheit“ schadete, da die meisten privaten Gasbadeöfen gesperrt waren.¹⁰⁷ Am Folgetag nahm eine Ministerialverfügung den Menschen im Freistaat Sachsen-Weimar-Eisenach die Möglichkeit, sich in den Lichtspielhäusern nicht nur ablenken sondern auch aufwärmen zu können. Die Kinosperre sollte eigentlich Brennstoffe sparen, verstärkte unter dem Strich aber nur die Not – vor allem die der Betreiber wie deren Angestellter.¹⁰⁸ Als in der zweiten Januarhälfte die Arbeitsräume des Rathauses tagelang nicht beheizt werden konnten, verordneten sich sogar die zuverlässigen Weimarer Beamten eine Arbeitsniederlegung.¹⁰⁹ Befördert wurde die ohnehin schon prekäre Situation zusätzlich durch die allgemeine Teuerung, der das „Streikgespenst“ nachfolgte.¹¹⁰ So legte um die Jahreswende eine Arbeitsniederlegung der Eisenbahner das deutsche Schienennetz nahezu lahm und schnitt damit die mangelhafte Versorgung gänzlich ab. Da in Weimar zu diesem Zeitpunkt wenigstens der Betrieb des Elektrizitätswerkes durch Vorräte sichergestellt werden konnte und die Führer der elektrischen Bahn sich nicht automatisch durch Arbeitsniederlegung am „Verzweiflungskampf“ beteiligten, fuhr hier zumindest noch die Straßenbahn.¹¹¹ Dafür musste wiederum in der Mitte des Monats der Betrieb der Weimar mit Blankenhain verbindenden Privatbahn aufgrund von Kohlemangel eingestellt werden.¹¹² In der ersten Januarwoche griffen die Ausstände weiter um sich, als überdies rund 200.000 Angestellte im gesamten Reich in den Streik traten – darunter viele Weimarer.¹¹³ Zeitgleich kam es immer wieder in verschiedenen Handwerksbranchen zu Arbeitskämpfen.¹¹⁴ Vor allem nutzten die örtlichen Holzarbeiter ihre im Winter besonders sichere Machtposition und verweigerten ab dem 16. Januar die Tätigkeit:

106 Vgl. etwa: Zur Kohlenbelieferung Thüringens, in: TT v. 15.1.1920; Kohlennot und Wagenmangel, in: WLZ v. 22.2.1920.

107 Volkshochschule Weimar, in: WLZ v. 6.2.1920; Schließung der Badeanstalten, in: WLZ v. 10.2.1920; Eingesandt, in: TT v. 15.2.1920.

108 Kinosperre, in: WLZ v. 14.2.1920.

109 Kohlennot und städtische Beamte, in: WLZ v. 21. u. 22.1.1920.

110 Das Streikgespenst, in: WLZ v. 16.1.1920.

111 Vgl. etwa: Die Lage der Eisenbahner, in: WLZ v. 16.1.1920; Die elektrische Straßenbahn, in: WLZ v. 22.1.1920; Die Stilllegung des elektrischen Werkes, in: VZ v. 2.2.1920.

112 Der Betrieb auf der Weimar-Berka-Blankenhainer Eisenbahn, in: TT v. 16.1.1920.

113 Das passierte im Anschluss an die Demonstration v. 10.1.1920. Vgl. Ein Demonstrationzug, in: TT v. 10.1.1920.

114 Vgl. etwa: Weimar, in: NZ v. 18.1.1920; Der Streik der Zimmerer, in: VZ v. 3.2.1920.

„wegen Lohndifferenzen.“¹¹⁵ Immer neue Berufsgruppen folgten dem Beispiel.¹¹⁶ Fernerhin verhängten die Reichsregierung und der unter anderem für Westthüringen zuständige Generalleutnant Paulus von Stolzmann der Reichswehr-Brigade 11 in Kassel beziehungsweise der unter anderem für Mittel- und Ostthüringen zuständige Generalmajor Georg Maercker der Brigade 16 in Dresden gegen den „Streikteufel“, insbesondere gegen die „Eisenbahndiktatur“ den Ausnahmezustand über die Thüringer Staaten.¹¹⁷ In vielerlei Hinsicht entmachteten die Militärs damit auch den Staatsrat unter Führung des Weimarer Linksliberalen Arnold Paulssen – was mitunter dadurch zum Ausdruck kam, dass weder im hessischen noch im sächsischen Hauptquartier Zivilkommissare für Thüringen bestellt wurden, die zu den Beratungen der Generäle hinzugezogen werden mussten. So blieb der Übergangsregierung allein der ertraglose Weg des Protestes gegen alle die Situation verschärfenden Maßnahmen, „die [auch noch] geeignet sind, schwere Beunruhigung unter der bisher ruhig gebliebenen Bevölkerung hervorzurufen.“¹¹⁸

*

12. Januar 1920: Vorläufiger Bericht der sozialdemokratischen Volkszeitung über den Verlauf der Hungerdemonstration in Weimar

Demonstration. Am Sonnabend, den 10. d. M., versammelte sich die Arbeiterschaft am Museum zu einer gewaltigen Demonstration. Im geordneten Zuge mit zwei Musikkapellen wurde durch die Stadt und nach dem Markt gezogen. Am Karlsplatz wurde Halt gemacht und der Herr Bezirksdirektor zur Verhandlung eingeladen. Nachdem der Zug auf dem Markt sich versammelt hatte, wurde eine Kommission ins Rathaus geschickt, um mit den maßgebenden Stellen zu verhandeln. Da sich die Verhandlung etwas in die Länge zog, wurde die Menge ungeduldig und versuchte das Rathaus zu stürmen, was ihr aber nicht gelang, da einige besonnene Genossen und Gemeinderatsmitglieder die Menge zu beruhigen verstanden. Die Polizei verhielt sich sehr ruhig und zurückhaltend. Die Genossen Friedrich und Benewitz sprachen vom Rathaus-Balkon und erklärten, daß die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden sollen. Hierauf wurde auch der Regierung ein Besuch abgestattet, aber es war von den Herren niemand anwesend. Später kam aber Genosse Baudert und sprach einige Worte vom Marktbrunnen und forderte, daß eine Kommis-

115 Holzarbeiterstreik, in: WLZ v. 16.1.1920.

116 Vgl. etwa: Weimar, in: NZ v. 9.3.1920.

117 Der Ausnahmezustand, in: WLZ v. 15.1.1920. – Auf Sachsen wurde der Ausnahmezustand am 9.2.1920 ausgedehnt.

118 Der Ausnahmezustand, in: WLZ v. 28.1.1920. – Das betraf vor allem Verbote linksgerichteter Zeitungen. Vgl. etwa: Neue Zeitungsverbote, in: WLZ v. 29.1.1920. Vgl. hierzu auch die Verhandlungen im Volksrat von Thüringen v. 30.1.1920, in: Verhandlungen Volksrat. Stenographische Berichte (1920), S. 214–251.

sion gebildet werden sollte, die mit der Regierung verhandeln soll. Das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung und der Stadt ist, daß die Stadt sofort 2.000 Raummeter Holz an minderbemittelte Familien abgeben wird. Jede Familie soll vorläufig $\frac{1}{2}$ Meter zu 15 M erhalten. Je ein Schlag im Webicht und im Ettersberg sollen freigegeben werden und die Stadt will es schlagen und hereinschaffen lassen. Wenn kein Betriebsstoff vorhanden, sollen Geschirre von dem Demobilmachungskommissar gestellt werden.

Quelle: Volkszeitung für Sachsen-Weimar-Eisenach vom 12. Januar 1920 (gedr. Ausfertigung)

12. Januar 1920: Artikel der rechten Thüringer Tageszeitung über den Fortgang der Demonstration

Nachklänge zur Kundgebung vom Sonnabend

Wenn diese Veranstaltung in ihren Anfängen durch die Beteiligung zweier Musikkapellen zunächst einen gewissen „festlichen“ Anstrich hatte, der allerdings so ganz und gar nicht zum ernsten Zweck der noch ernsteren Sache paßte, so muß man doch recht bald die Kehrseite der Medaille erkennen, nachdem sich die schon im Vorbericht erwähnten Vorgänge vor dem Rathause abgespielt hatten. Mit jener simplen Harmlosigkeit, mit der alle bisherigen Kundgebungen ähnlicher Art verlaufen waren, war es vorbei, und „der Löwe hatte Blut geleckt!“ – Der sich zum äußersten linken Radikalismus bekennende Teil der Demonstration begab sich mit dem Erfolg bei den Bezirks- und Stadtbehörden nicht zufrieden, sondern ging raschen Schrittes noch einige Stufen „höher hinan“, indem er der demokratisch-sozialistischen Regierung im Fürstenhause einen Besuch abstattete. Auch das Rote Schloß blieb nicht ganz unbehelligt; denn es gab hier wie anderswo klirrende Fensterscheiben. Wie man hören konnte, glaubten die Demonstranten „Schieber“ hinter den Mauern des Roten Schlosses versteckt. Von einigen Führern der an dieser „Nachdemonstration“, die mit dem eigentlichen Zweck der Kundgebung nichts mehr gemein hatte, beteiligten Arbeiterkreise wurden Ansprachen auf dem Fürstenplatze gehalten, die in einem nichts weniger als versöhnlichem Sinn gehalten waren, sondern nur zu leicht die wirkliche politische Tendenz dieser Redner durchblicken ließen, die in energischster Tonart verlangten, daß nunmehr „reiner Tisch“ gemacht werde. Staatsminister Baudert wurde aus seiner Wohnung herangeholt und bei seiner Ankunft mit Pfeifen und Johlen empfangen. Die radikalen Demonstranten wählten eine Kommission von acht Köpfen, die beauftragt wurde, mit den Regierungsstellen wegen sofortiger Behebung der vorhandenen Nöte in Verhandlung zu treten. Und während diese Verhandlungen im Fürstenhaus stattfanden, wurden erneut aufreizende Reden an die noch verbliebenen Gesinnungsgenossen vom Marktbrunnen

aus gehalten, worauf man sich nach dem Volkshaus begab, um dort die Ergebnisse abzuwarten.

Letztere können dahin zusammengefaßt werden, daß Staatsrat Palm einmal versprach, bei der Staatsregierung insofern vorstellig zu werden, daß der hiesigen Bevölkerung ausreichende Holzvorräte aus dem Ettersberge zugewiesen werden sollen, und zwar so, daß sich diese das Holz selbst holen könne. Des weiteren werden die Arbeitslosen bereits heute Montag auf die umliegenden Dörfer geschickt, um die nötigen Kartoffeln abzuholen. Fernerhin hat sich die Stadt bereit erklärt, unverzüglich 2.000 Meter weiches Holz zu einem angemessenen Preis zur Verfügung zu stellen, um die äußerste Brennstoffnot zu mildern. Auch wurde an den Reichskohlenkommissar ein Telegramm gesandt, in dem die hiesigen Verhältnisse geschildert und um sofortige Ueberlassung von Kohlen gebeten wurde. Im Volkshaus selbst kam es zu irgendwelchen Ausschreitungen nicht.

Quelle: Thüringer Tageszeitung vom 12. Januar 1920 (gedr. Ausfertigung)

Nachkrieg

Das Ende des Ersten Weltkrieg gestaltete sich für das Deutsche Reich als ein zäher Prozess; begleitet vom beharrlich andauernden Ringen um die Bedingungen zum Frieden: Im Anschluss an den ohnehin schon „langen Waffenstillstand“ von Compiègne am 11. November 1918 dauerte es mehr als ein halbes Jahr bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages am 28. Juni 1919. Die Zeitspanne bis zum Austausch der Ratifizierungsurkunden am 10. Januar 1920 in Paris war noch einmal so lang, sodass amtlich bereits vom „Krieg 1914–20“ gesprochen wurde.¹¹⁹ Insgesamt vergingen vom Einstellen der Kampfhandlungen bis zum Inkrafttreten des Friedens 14 Monate. Das war für viele Deutsche ausreichend Zeit, um wahlweise einer allgemeinen Resignation zu erliegen oder in einer Dauerschleife reflexartiger Abwehrhaltungen zu verfangen.¹²⁰ Und während die Bevölkerung der Verliererseite bereits im frühen Stadium der Verhandlungen mehrheitlich in eine Art kollektive Amnesie bezüglich der kaiserlichen Kriegsziele verfallen war und das Vertragswerk der Entente als zu hartes „Diktat“ oder „Schmach“ empfindend, preschte vor allem die Siegermacht Frankreich mit immer neuen Forderungen hervor.¹²¹ Triebfeder dieses Aktionismus war weniger eine „gallische Rachsucht“, die man dem „alten Erbfeind“ rechts des Rheins gern unterstellte und die es zweifellos auch gab.¹²² Zur Motivation gelangte viel mehr die Tatsache, dass Frankreich neben Belgien von der entfesselten Kriegsmaschinerie an der Westfront am meisten in Mitleidenschaft gezogen worden war. Vier Jahre Weltkriegsschlachten an erstarrten Fronten hatten ganze Landstriche in dystopische Formationen verwandelt und nahezu jeder Franzose litt direkt oder indirekt an den immensen Folgen der schweren Kampfhandlungen. Prozentual betrachtet hatte Frankreich zudem die höchsten Verluste aller westlichen Nationen aufzuweisen. Jetzt gehörte es zum Privileg des Siegers, nach Wiedergutmachung zu verlangen. Letztlich diktierten 440 Artikel auf 240 Seiten Vertrag die Forderungen: Deutschland sollte sofort Territorium in der Gesamtgröße Bayerns abtreten und später über weitere Gebiete abstimmen lassen sowie mindestens drei Viertel seines Eisenerzes und ein Viertel seiner Steinkohle ausliefern. Dazu 20 Milliarden Goldmark gleich und eine noch nicht festgesetzte Summe in Raten abbezahlen. Als Faustpfand für die Forderungen hielt Frankreich rund 350.000 Kriegsgefangene in Lagern fest, während die der Verbündeten seit September 1919



Protestversammlung gegen den Versailler Friedensvertrag auf dem Markt, 28. Juni 1919 (Stadtmuseum Weimar)

sukzessive geleert worden waren.¹²³ Gegen beides, den Friedensprozess wie auch die „Geiselnahme“, hatten sich in Deutschland immer wieder Massenproteste aus allen politischen Richtungen auf die Straße bewegt. Überdies einte hier nach wie vor das Gefühl, durch Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm zum Frieden betrogen worden zu sein, nahezu die gesamte Nation, in der sich viele zwar als Opfer aber nicht als Verlierer des Weltkrieges sahen.¹²⁴

Weimar bildete als Tagungsstätte der Nationalversammlung alles andere als eine Ausnahme. Viel mehr noch als andernorts animierte hier die Präsenz der Parlamentarier und ausländischen Vertreter zum Protest. Und nicht zufällig zog etwa am 18. Mai „eine Menge mit Musik, nachdem sie vor dem Rathaus demonstriert hatte, vor das Gasthaus, in dem eine amerikanische Kommission wohnt. Diese wurde genötigt, die Wünsche der Menge durch ihre Sprecher anzuhören.“¹²⁵ Gegen die parlamentarische Einigung zum Friedensschluss begehrten überdies im Sommer unter anderem aus dem Gefängnis ausgebrochene Soldaten mittels Putschversuch auf;

119 Krieg 1914–20, in: TT v. 10.8.1920.

120 Vgl. etwa den Kommentar von Stegmann und Steins: Friede, in: TT v. 10.2.1920.

121 Vgl. zum Komplex: Leonhard: Frieden (2019), S. 1155–1186.

122 So verbreitete etwa die Thüringer Tageszeitung Meldungen von angeblichen „Prämien auf Gefangenenmord“, in: TT v. 11.1.1920. Zum Zitat: Gallische Rachsucht, in: TT v. 4.2.1920.

123 Am 2.2.1920 kamen die ersten Weimarer aus französischen Lagern heim. Vgl. Zur Heimkehr der Kriegsgefangenen, in: WLZ v. 2.2.1920; Die ersten Gefangenen, in: TT v. 3.2.1920. – Eine Ausnahme bildeten zudem die noch rund 20000 Gefangenen in sowjetischer Hand, die erst im April 1920 freikamen. Vgl. Das deutsch-russische Abkommen, in: WLZ v. 21.4.1920.

124 Vgl. zum Komplex jüngst: Leonhard: Frieden (2019), S. 92–132, 1212–1236.

125 Kriegsministerium v. 11.6.1920, in: BArch, R 43-1/2313, Bl. 15ff., hier Bl. 15.

abtrünnige Militärs in Führungskreisen schmiedeten Pläne zum Staatsstreich und eine ganze Reihe weiterer Kundgebungen übten Druck auf die Politiker aus.¹²⁶ Ein Bericht des Kriegsministeriums beschrieb die Lage seinerzeit wie folgt: „Alle sind einig in der Ablehnung des Friedensvertrages. Sehr viele, auch kleine Geschäftsleute u. Bauern sagen ‚lieber mögen die Feinde einrücken, lieber wollen wir wieder kämpfen, als daß wir einen solchen Schmach- u. Hungerfrieden unterschreiben.‘ Viele haben Sorge, daß die Regierung wiederum nachgibt.“¹²⁷ Derweil die parlamentarisch-mehrheitliche Annahme des „Schandfriedens“ dennoch Fakten geschaffen hatte, beruhigte sich die Lage bis zum November 1919 etwas. Erst im Spätherbst lieferte die Vorstellung, dass Angehörige in Frankreich „Nochmals Weihnachten hinter Stacheldraht“ verbringen mussten, erneut einen Anlass zum Massenprotest – in Weimar wie im Reich.¹²⁸ Als im Januar 1920 schließlich konkret wurde, die vereinbarten Pflichten fortan auch einlösen zu müssen, wandelte sich das mittlerweile von vielen erfolgreich verdrängte Szenario scheinbar plötzlich zur Realität. In den Worten der rechten Thüringer Tageszeitung hieß das: „Schrecklich ist besonders das Erwachen derjenigen, die [...] immer noch hatten glauben wollen, es handle sich nur um Drohungen, denen nach hinreichend bewiesenem guten Willen Deutschlands dann eine mildere Handhabung folgen werde.“¹²⁹ Auch der Schuldirektor Curt Weiß wollte nicht „begreifen, wie feindliche Intelligenz uns in diesen rohen Gewaltfrieden hat zwingen können, der auf die Dauer nur Haß u. Revengegedanken ausbrüten kann.“¹³⁰ Letzte Hoffnungen auf ein Einlenken der Entente begrabend, rumorte es einmal mehr nicht nur in ihm sondern im gesamten Reich. Dabei stand in Mitteldeutschlands Musesstadt jedoch weniger die materielle „Stufenleiter der Erdrosselung“ im Vordergrund, sprich: die Reparationen und Gebietsabtrennungen.¹³¹ Vielmehr galt fortan, was der deutschnationale Abgeordnete Friedrich von Eichel-Streiber seinen politischen Kontrahenten im Volksrat von Thüringen im Januar 1920 entgegnete: „Wir wollen uns darüber klar sein: es gibt von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken nicht einen Deutschen, der nicht absolut davon überzeugt wäre, daß der Friedensvertrag von Versailles unerfüllbar ist und revidiert werden muß. (Sehr richtig!) Sie mögen für Ihre Revisionsbestrebungen den einen Punkt herausgreifen, andere greifen andere Punkte heraus. Sie werden es den uns nahestehenden Kreisen der Bevölkerung nachfühlen können, daß für uns in erster Linie die Bestimmungen des Friedensvertrages stehen, die man ganz offiziell, auch

126 Zu den Ereignissen in Weimar vgl. Faludi: Weimar (2019), S. 83–96, 209–214.

127 Kriegsministerium v. 11.6.1920, in: BAArch, R 43-I/2313, Bl. 15ff., hier Bl. 15.

128 Vgl. Faludi: Weimar (2019), S. 147–158. Zitat: Aufruf eines gefangenen Landmannes, in: WLZ v. 14.11.1919. Zur Freilassung ab Januar 1920: Die Heimkehr der Gefangenen, in: TT v. 12.1.1920.

129 Die Schmachliste, in: TT v. 7.2.1920.

130 Tagebücher Weiß (63/1920), S. 111.

131 Außer freilich in der rechten Presse. Vgl. Die Stufenleiter der Erdrosselung, in: TT v. 16.1.1920.

in der Nationalversammlung, unter der Bezeichnung der ‚Schmachparagraphen‘ zusammengefaßt hat.“¹³² Und da die hierin verbriefte Kriegsschuld (Artikel 231) seit Juni 1919 de facto unumstößlich festgeschrieben stand, galt es Anfang 1920 um so energischer gegen die nächste „Ehrverletzung“ zu streiten: die Forderung zur Auslieferung Kriegsverbrecher verdächtiger Personen, allen voran den als Urheber des Konfliktes verantwortlich gemachten „Kaiser Wilhelm, den Ausreiser“.¹³³

Den Weimarer Protest gegen die Preisgabe von „Volksgenossen“ forcierten in erster Linie die hier aktiven fast zwei Dutzend Militärvereine und dazugehörigen „vaterländisch gesinnten“ Organisationen mit monarchistischem Einschlag.¹³⁴ Federführend trat daraus der Hauptmann a. D. Eitel-Leopold Graf von Goertz von Schlitz, genannt von Goertz und von Wrisberg ebenso in Erscheinung wie die Abgeordnete der Freien Vereinigung im Gemeinderat Mathilde Freiin von Freytag-Loringhoven.¹³⁵ Die Künstlerin und Reporterin der Weimarer Landes-Zeitung verband mit dem Streben auch ein persönliches Interesse, da ihr Bruder Hugo von Freytag-Loringhoven als preußischer General der Infanterie mit hoher Wahrscheinlichkeit zum vom Begehren betroffenen Personenkreis zählte.¹³⁶ Komplettiert wurde das Trio mit Adelstitel beziehungsweise „Tussenvoegsel“ durch den Generalagenten Berthold van der Velde, der ebenfalls für die rechtskonservative Fraktion im Stadtparlament gesessen hatte und sich neuerdings in der Deutschen Volkspartei sowie als Vorsitzender der Ortsgruppe Weimar zum Schutz des Lebens und der persönlichen Freiheit des Kaisers profilierte.¹³⁷ Schon früher war er als Verfechter zur Errichtung einer bürgerlichen Einwohnerwehr in Erscheinung getreten. Deren rund 600 Mitglieder demonstrierten am 22. Januar gleichfalls als Drohkulisse, indem sie einen großen „Aufmarsch im Waffenschmuck auf dem Marktplatz veranstaltet[en]“.¹³⁸ In Vorbereitung auf ihre eigene Kundgebung plakatierten und annoncierten am 24. Januar die Ortsgruppe des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, des deutschen Offizierbundes, des Verbandes vaterländischer Vereinigungen und van der Veldes Ortsgruppe einen Aufruf mit den Worten: „Es gilt,

132 Verhandlungen im Volksrat von Thüringen v. 30.1.1920, in: Verhandlungen Volksrat. Stenographische Berichte (1920), S. 230. – Zum Komplex vgl. etwa: Kramer: Versailles (2001), S. 72–84.

133 Formuliert in den Strafbestimmungen des Versailler Vertrages, Art. 227–230. Zitat: Auch die Kriegervereine machen mobil, in: NZ v. 29.1.1920.

134 Vgl. zum Kontext auch: Die Kriegervereine gegen die Auslieferung, in: TT v. 25.1.1920.

135 Eitel-Leopold Graf von Goertz von Schlitz, genannt von Goertz und von Wrisberg (1890–1952); Militär; Vorsitzender Nationalverband Deutscher Offiziere, Mitglied Bundesleitung Frontkriegerbund Thüringen – Mathilde Freiin von Freytag-Loringhoven (Pseudonym: Hildegard Thildner, 1860–1941); Malerin/Kommunalpolitikerin/Journalistin; ab 1879 in Weimar, ab 1905 journalistisch für Weimarer Landes-Zeitung Deutschland, 1920 auch mehrfach für Thüringer Tageszeitung tätig/ab 1913 Redakteurin im Kunstreferat, 1879 Kunstschülerin des Impressionisten Karl Buchholz, später u.a. auch Max Thedy, 1919–1925 Mitglied Weimarer Gemeinderat/Vorsitzende Kunstkommission.

136 Hugo Freiherr von Freytag-Loringhoven (1855–1924); Militär/Schriftsteller; 1915 Pour le mérite für Wissenschaften und Künste, 1916 Chef stellv. Generalstab, 1918 Akademie gemeinnütziger Wissenschaften Erfurt.

137 Berthold van der Velde; Generalagent Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft; bis 1921 Mitglied Gemeinderat Weimar (Freie Vereinigung/DVP und DNVP).

138 Truppenschau, in: NZ v. 23.1.1920. Vgl. auch: Die Einwohnerwehr, in: VZ v. 20.1.1920.

die Ehre des deutschen Volkes zu schützen und vor aller Welt heiligsten Einspruch zu erheben gegen die Forderung der Auslieferung – nicht allein des früheren Kaisers – sondern aller deutschen Brüder, welche die Feinde auf ihre Listen gesetzt haben. [...] Sorgt alle für einen schönen, würdigen und feierlichen Verlauf [...]“.¹³⁹

Das Vorhaben fiel auf einen fruchtbaren Boden, den auch die hiesigen Zeitungen des bürgerlichen bis rechten Spektrums mit Artikelserien wie „Der Friede und seine Wirkung“ oder den revanchistischen Beiträgen des Verlegers Bernhard von Stegmann und Stein beziehungsweise dessen rechtsradikaler Gastautoren bereitet hatten.¹⁴⁰ Erfasst vom patriotischen Geist gegen die Entente und trotz des weiterhin in Thüringen gültigen Ausnahmezustandes war die Veranstaltung auch von den Entscheidungsträgern im sozialdemokratisch dominierten Fürstenhaus-Parlament des Landtages von Sachsen-Weimar-Eisenach „militärisch, polizeilich usw. genehmigt“ worden. Im Interesse der regionalen Militärbehörden, die zeitgleich mehrere linke Blätter an der Berichterstattung hinderten, war das Vorhaben ohnehin.¹⁴¹ Ähnliches galt für die Stadtspitze um den Oberbürgermeister Martin Donndorf, der für die Reden den Rathausbalkon zur Verfügung stellte, obwohl man infolge linkspolitischer Kundgebungen im August 1919 noch beschlossen hatte, dass der Anbau „hinfort [...] von keiner Partei mehr ‚entweiht‘ werden dürfe“. Später erklärte das Stadtoberhaupt, er hätte angenommen, „daß die Kundgebung von allen Kreisen der Bevölkerung ausging.“¹⁴² Damit lag der angehende Ortsgruppenleiter der Deutschen Volkspartei sicher nicht komplett falsch. Selbst der sozialdemokratische Staatsminister August Baudert zeigte offen Sympathien für das Anliegen der Initiatoren und konterte diesbezüglich im Volksrat von Thüringen laut gewordene Vorwürfe der USPD gegen seine Landesregierung durch das Credo: „In einem demokratischen Staatswesen muß in erster Linie der Grundsatz gelten: Gleiches Recht für alle!“¹⁴³ Mit diesem moderaten Kurs befand er sich auf selber Linie wie sein liberaler „Brotgenosse“ Arnold Paulssen, der in Doppelfunktion als Vorsitzender des Staatsrats von Thüringen und des ersten Mannes in Sachsen-Weimar dem Thüringer Vorparlament erklärte: „Meines Erachtens ist eines der obersten Prinzipien der Demokratie das der Toleranz, der Toleranz gegen alle Meinungen, und diese Toleranz muß dahin führen, daß man nicht in kleinlicher Weise Versammlungen verbietet, daß man an-

dern die Meinungsfreiheit beschränkt, auch monarchistische Äußerungen fallen darunter. Auch diese darf man nicht beschränken.“¹⁴⁴ Dass es ein fataler Fehler war, intolerante Republikfeinde demokratisch integrieren zu wollen, gehörte seinerzeit noch nicht zum Erfahrungshorizont der Parlamentarier.

Der Ablauf rechtskonservativer Kundgebungen in Weimar verlangte indes eine sich wiederholende Dramaturgie bei austauschbarer Rollenbesetzung: Am Sonntagmittag, den 25. Januar 1920, stimmte zunächst eine Kapelle der Berufsmusikervereinigung die auf dem Marktplatz zu Tausenden versammelte Menge mit einem Marsch ein, bevor Graf von Goertz und von Wrisberg seine einstimmende, „impulsive“ Ansprache hielt. Darin strickte dieser einmal mehr die Legende von der „im Felde unbesiegten“ deutschen Armee und einer standhaft gebliebenen Nation, die allein durch den vermeintlichen Betrug des amerikanischen Präsidenten Wilson wie auch den unlauteren Einsatz der Hungerblockade bezwingbar wurde. Nun läge es aber „in des Volkes Hände“, ob man sich auch noch den Auslieferungsforderungen beugen wolle – wobei es hierbei in den Vorstellungen des Grafen keine Möglichkeit zum Kompromiss gab; denn, so die Kernaussage seines Auftritts: „Wer dazu die Hand bietet, ist ein Judas am deutschen Volke.“¹⁴⁵ In den daraufhin einsetzenden Applaus des Publikums tönte das Soldatenlied „O Deutschland hoch in Ehren“ mit dem Refrain „Haltet aus! Haltet aus! Lasset hoch das Banner wehn! Zeiget stolz, zeigt der Welt, Daß wir treu zusammenstehn, Daß sich alte deutsche Kraft erprobt, Ob uns Friede strahlt, ob Krieg umtobt! Haltet aus im Sturmgebraus!“ Danach sprach die Freiin Mathilde von Freytag-Loringhoven „für die Frauen“ Weimars über die „unerschütterliche Liebe“ zur Nation und fabulierte dabei das Bild vom friedliebenden Deutschen Reich, das „als erstes Land unter Preisgabe [...] seines] Waffenruhmes dem Völkerwüten ein Ende“ bereitet hätte. In gewohnter Manier ihrer Reden – und dabei vollkommen ausblendend, dass sie zum selben Zeitpunkt eine erfolgreiche Kampagne zur Spaltung Weimars in der Fehde um das eben erst gegründete Bauhaus anführte – erklärte die Kommunalpolitikerin weiter: „Schmach brauchen wir nicht zu dulden. Es gibt in unserem Volke keinerlei Unterschiede. Gemeinsamkeit ist das große Wort, das über Deutschlands Wiederaufbau steht. Gemeinsamkeit ist das heilige Wort, das uns im Kampf für die Erhaltung unserer Ehre eint.“ Und deshalb galt es ihr, dem Vorbild der „hochgemute[n] Königin von Holland [...] zu folgen], die es wage, einer ganzen Welt Trotz zu bieten“, indem sie Wilhelm II. Zuflucht gewährte. Im dritten Akt der Vorführung betrat Berthold van der Velde das Podium, von dem aus er „in starken

139 Annonce, in: WLZ v. 24.1.1920; Tagebücher Weiß (63/1920), S. 104.

140 In der Reihe brachte die WLZ seit Anfang 1919 beinahe täglich immer neue Beiträge. Von Stegmann und Stein publizierte die Kommentare auf der Titelseite seiner TT. Vgl. zu den Gastautoren etwa den Beitrag von Hugo von Freytag-Loringhoven: Das ist geschichtliche Wahrheit, in: TT v. 18.1.1920.

141 Nach einer Reihe von Verboten betraf das am 13. Februar auch das regionale USPD-Blatt Neue Zeitung. Vgl. Brigadebefehl, in: NZ v. 13.2.1920. Vgl. auch: Unter dem Pressegalgen, in: NZ v. 27.2.1920.

142 Weimar, in: NZ v. 12.8.1919. Zitat: Weimarer Gemeinderat, in: WLZ v. 2.2.1920.

143 Verhandlung Volksrat v. 30.1.1920, in: Verhandlungen Volksrat. Stenographische Berichte (1920), S. 220. Vgl. auch: Der „Trutzbund zum Schutze der auszuliefernden Deutschen“, in: TT u. WLZ v. 3.2.1920.

144 Verhandlung Volksrat v. 30.1.1920, in: Verhandlungen Volksrat. Stenographische Berichte (1920), S. 233.

145 Kundgebungen auf dem Weimarer Marktplatz gegen die Auslieferungen, in: WLZ v. 26.1.1920.

männlichen Worten sich besonders für unseren Kaiser einsetzte“ und damit drohte, dass „das ganze Volk sich [...] aufbäumen und einen Schrei der Entrüstung und des Abscheues ausstoßen [wird], so laut und dringend, daß die Gegner aufhorchen und spüren, daß dieser Schrei des gequälten deutschen Volkes auch ein Gelöbnis ist für spätere Zeiten.“ Die Ansprachen schlossen – wie üblich – mit dem gemeinsamen Singen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ und der Verlesung einer fertig vorbereiteten, vom Pathos getragenen Entschliebung, welcher die Zuhörer durch ihre bloße Anwesenheit bereits „einstimmig“ beigetreten waren – was in diesem Fall hieß, dass man „schärfsten Einspruch“ gegen die Forderungen der Entente erhob. Dass dies tatsächlich nicht dem Empfinden aller Beobachter entsprach, machten einige USPD-Genossen unter den Versammelten deutlich, die anlässlich des Gesangs ihre Häupter nicht entblößen wollten. „Alle Aufforderungen, das zu tun, wiesen diese mit verächtlichem Hohn zurück.“¹⁴⁶ Im Gegensatz zu vielen linkspolitischen Demonstrationen blieben derartige Veranstaltungen in der Regel aber ohne jede Ausschreitung, und so gehörte der Schlussakkord des Zusammentreffens einmal mehr Martin Luthers Schutz- und Trutzbund „Ein' feste Burg ist unser Gott“.¹⁴⁷

Tags darauf konstituierte sich in Weimar der Trutzbund zum Schutze der auszuliefernden Deutschen. Hervorgegangen war die Vereinigung aus einem zuvor im Hotel Kaiserin Augusta stattgefundenen Treffen zwischen „national gesinnten Bürgern Weimars, der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und dem Bund der Auslandsdeutschen.“¹⁴⁸ Den Anstoß hatte Clemens Denhardt gegeben, welcher zugleich auch erster Vorsitzender der Vereinigung wurde. Der aus Zeitz stammende Afrikaforscher war den meisten Weimarnern kein Unbekannter. Ende des 19. Jahrhunderts hatte er mit seinem Bruder Gustav mehrere Expeditionen im Auftrag der Akademie der Wissenschaften unternommen und dabei unter anderem die deutsche Schutzherrschaft über sogenanntes Suaheli-Land im heutigen Kenia erwirken können. Das Gebiet war 1890 Teil eines spektakulären Tausches mit dem Britischen Königreich gegen die Insel Helgoland geworden, was Denhardt nachhaltig zu erheblichem Renommee verhalf. Mittlerweile hatte der 68-jährige Ingenieur seinen Alterssitz in Bad Sulza genommen, von wo aus er auch enge Kontakte zu monarchistischen Weimarer Kreisen pflegte. Seinem Anspruch nach war der Trutzbund nun gegründet worden, „um das ganze deutsche Volk wachzurütteln zum einmütigen Widerstande gegen die größte Schmach, die je einem Volke angetan wurde.“¹⁴⁹ Entsprechend sollte die „Bewegung“ unter Denhardts Führung und ausgehend von Thü-

ringen über Sachsen auf das gesamte Reich übergreifen. Noch am Gründungsabend berieten die Mitglieder „über die zu treffenden Maßnahmen zum Schutze unserer deutschen Frauen und Brüder, welche vom Feinde auf die Auslieferungslisten gesetzt worden sind.“¹⁵⁰ Das ist insofern bemerkenswert, da der Öffentlichkeit zum Zeitpunkt lediglich bekannt war, dass die Entente „die Führer der deutschen Armeen im Kriege, sowie die verantwortlichen Befehlshaber der Flotten- und Luftstreitkräfte zur Auslieferung anzufordern [gedachte]. Vom Hause Hohenzollern werden nur der Kaiser und der Kronprinz zur Verantwortung gezogen.“¹⁵¹ Wer darüber hinaus welcher Tat verdächtig war, wusste offiziell noch niemand. Zahllose Gerüchte machten deshalb die Runde, wobei die mitunter kolportierte Größenordnung einer pauschalen Überstellung „von Millionen deutscher Volksgenossen an die Fremdherrschaft“ zu den plumperen propagandistischen Übertreibungen zählte.¹⁵² Vorsorglich erklärten die Vertreter des „Trutzbundes“ dennoch mittels Pressemitteilung, dass irgendeine Auslieferung „für keinen Deutschen in Frage kommt, erstens weil von ‚Kriegsverbrechern‘ keine Rede sein kann, solange ein ordentliches Gericht die mehr als fragwürdigen Anschuldigungen der Entente nicht gründlich untersucht hat, und zweitens weil die deutsche Ehre und Selbstachtung es einfach nicht dulden, dass deutsche Volksgenossen vor ein fremdländisches Gericht gestellt werden.“

Abseits des Duktus von „Ehre und Selbstachtung“ war die Frage, wer 1920 über Kriegsverbrechen urteilen durfte, tatsächlich eine heikle. Zwar hatte mit dem Austausch der ratifizierten Vertragsurkunden zum Friedensschluss am 10. Januar auch der Völkerbund offiziell seine Arbeit aufgenommen; ein den Einzelnationen übergeordnetes Gremium zur Rechtsprechung entstand dabei aber nicht – der Ständige Internationale Gerichtshof wurde erst im September 1922 in Den Haag eingerichtet.¹⁵³ Die Siegernationen beabsichtigten deshalb, ein spezielles Organ zu schaffen, das, mit Richtern aus den USA, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan bestückt, Urteile fällen sollte. Ein solches Vorhaben war seit der Verbannung Napoleon Bonapartes nach St. Helena allerdings beispiellos. Ferner besaß es keine gesetzliche Basis; schon gar nicht in den Dimensionen, die es seit der anfänglichen Pressekampagne unter dem Schlagwort „Hang the Kaiser“ angenommen hatte.¹⁵⁴ Letztlich sollte 890 Deutschen in 1.058 Fällen der Prozess gemacht werden.¹⁵⁵ Die meisten Vergehen betra-

150 Trutzbund zum Schutze der auszuliefernden Deutschen, in: WLZ v. 30.1.1920; Ein Trutzbund, in: TT v. 24.1.1920; Trutzbund, in: TT v. 31.1.1920; Aufruf, in: TT v. 11.2.1920.

151 Der auszuliefernden Persönlichkeiten, in: WLZ v. 13.1.1920.

152 Die ersten Folgen des Friedens, in: WLZ v. 13.1.1920.

153 Vgl. hierzu auch: Der Völkerbund als „Richter“, in: TT v. 9.2.1920.

154 Vgl. hierzu: Kramer: Versailles (2001), S. 72–84.

155 In ursprünglicher Version enthielt die Liste rund 3.000 Namen; nach einer Überarbeitung waren es im Dezember 1919 noch 1.590. Vgl. zur Entwicklung auch: Woodward/Butler (Hg.): Documents 6/1919 (1/1956).

146 Weimar, in: NZ v. 29.1.1920.

147 Schützt Eure Brüder! – Schützt Eure Ehre, in: TT v. 26.1.1920.

148 Große öffentliche Versammlung in der Auslieferungsfrage, in: WLZ v. 9.2.1920.

149 „Wir und die Auslieferungsforderung!“, in: TT v. 9.2.1920.

fen die Verbrechen gegen Zivilisten 1914 in Belgien und Frankreich – welche seit jeher in der deutschen Gegenpropaganda erfolgreich als alliierte Erfindung verklärt worden waren.¹⁵⁶ Von der Befangenheit der ausländischen Gerichte ausgehend, fürchtete man im Reich nun die Vergeltung per Siegerjustiz für Dinge, die es angeblich nicht gegeben hatte – währenddessen die Entente ihrerseits kaum Ambitionen zeigte, eigene Verbrechen im Krieg juristisch aufarbeiten zu wollen. So betrachtet war es auch kein Zufall, dass die Väter der Weimarer Reichsverfassung wenige Monate zuvor den „Grundsatz aufgestellt [hatten], daß kein Deutscher einem ausländischen Gerichte unterworfen werden kann“. Überdies brachte der Artikel 116 des neuen Grundgesetzes ein altes Problem auf den Punkt, das in gleicher Sache auch ein Vierteljahrhundert später noch einmal relevant werden sollte. Es lautete: „Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor [sic!] die Handlung begangen wurde.“¹⁵⁷

In der Politik bestand über die Frage zur Ablehnung der Auslieferungsbegehren ein parteiübergreifender Konsens, der selbst von „nie nationalistisch gesinnt[en]“ Abgeordneten wie dem Linksliberalen Jenaer Professor für Öffentliches Recht, Eduard Rosenthal, mit Feuereifer vertreten wurde. Im Volksrat von Thüringen forderte der stets besonnene Rechtsgelehrte, dessen einziger Sohn bereits früh im Krieg getötet worden war, ausnahmsweise energisch: „Es soll nicht Willkür herrschen. Eine Strafe kann nur ausgesprochen werden, wenn ein Gesetz da ist, was den Tatbestand der strafbaren Handlung umschreibt. Auf Grund des Tatbestandes ist zur Aburteilung zu schreiten. Meine Herren! Da muß ich sagen, jedem, der auf den Ehrennamen eines Deutschen Anspruch macht, muß sich das Herz zusammenkrampfen, wenn er sieht, wie hier vorgegangen werden soll, daß hier, ich möchte sagen, in die primitiven Verhältnisse in der Geschichte der Menschheit zurückgegangen wird.“¹⁵⁸ Jede andere Sicht sei „ein Hohn auf die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der jungen deutschen Republik“ – pflichteten freilich die Initiatoren des monarchistischen „Schutzbundes“ dieser Meinung bei. Dass das Deutsche Reich aber so gut wie nie zum Schauplatz des Krieges geworden war, die meisten Verbrechen also außerhalb der Staatsgrenzen verübt worden sind, wohin die Zuständigkeit hiesiger Gerichte gar nicht langte und damit das eigene Rechtsverständnis durchaus ins Wanken zu bringen war, blendeten die Akteure für ihre Argumentationslinien erfolgreich aus. Überdies weilte der „Exkaiser“, um den sich die meisten Bemühungen der Monarchisten drehten, längst im niederländischen Exil – wo er wenig zu befürchten hatte, da die Regierung

in Den Haag der Entente bereits die Auslieferung ausdrücklich verweigert hatte.¹⁵⁹ Im Resultat ging es den Taktgebern aller rechten Proteste also weniger um eine Beilegung des Konfliktes. Vielmehr agierten sie im Sinne einer kompromisslosen Fortsetzung der Konfrontation mit dem Kriegsgegner, welcher ebenfalls auf seinen Forderungen beharrte, da dessen Taktgeber in der Auslieferungsliste nicht nur ein Instrument zur juristischen Aufarbeitung sahen. Vielmehr verband die Entente mit dem Streben nach Vergeltung auch das Verlangen, aller Welt die Schuld des Deutschen Reiches vor Augen führen wollen – oder wie es die Landes-Zeitung im Clausewitzschen Stil formulierte:¹⁶⁰ „Denn dieser Frieden ist gar kein Friede, sondern, wie es der Waffenstillstand schon war, nur eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.“¹⁶¹

Bereits kurze Zeit später dürften sich die Demonstranten vom Weimarer Marktplatz in ihrem Handeln bestätigt gefühlt haben, da „diese Bewegung, die im ganzen Volk, nicht nur hier, sondern aller Orten eingesetzt hat, nicht ohne Eindruck [...blieb, und] die Reichsregierung tatsächlich eine Note an die feindlichen Mächte gerichtet hat, in der sie um Aufhebung dieser Bestimmungen“ ersuchte.¹⁶² Parallel dazu entspann sich eine Episode zwischen dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris, Kurt Freiherr von Lersner, und dem neuen französischen Ministerpräsidenten Alexandre Millerand: Zunächst erklärte die deutsche Seite der französischen, dass man bei der Auslieferung nicht behilflich sein könne, da sich in der Heimat keine Behörden fänden, die daran mitwirken wollten. Als Millerand dennoch den Forderungskatalog übermittelte, schickte Lersner diesen aus „Gewissensgründen“ zurück und ließ sich umgehend aus dem diplomatischen Dienst entlassen, was eine erneute Zustellung des Papiers vorübergehend unmöglich machte. Zuvor noch hatte der Delegierte eine Abschrift der Namensliste nach Berlin geschickt, wo sie von der Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Gustav Bauer am Abend des 4. Februar 1920 über das Wolffsche Telegraphen-Bureau in der Presse lanciert wurde.¹⁶³ Wie überall in der Republik druckten daraufhin auch die Weimarer Zeitungen sämtliche hierin aufgeführten Personen in Serie ab, wobei „in vielen Fällen einstweilen nicht“ erkennbar wurde, wer mit der bloßen Nennung des Zunamens eigentlich gemeint war.¹⁶⁴ Ab dem 12. Februar folgten schließlich konkretere „Listen der Angeschuldigten“

159 Holland verweigert die Auslieferung des Kaisers, in: TT u. WLZ v. 24.1.1920.

160 Das Zitat bezieht sich auf den berühmten Satz des preußischen Generalmajors Carl von Clausewitz: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Vgl. Clausewitz: Kriege (1980), S. 34.

161 Die ersten Folgen des Friedens, in: WLZ v. 13.1.1920. – Es war beabsichtigt, die Liste „in der ganzen Welt [...] zu verbreiten.“ Bei jedem Namen wird die Art der begangenen Verbrechen stehen.“ Die Liste der deutschen „Schuldigen“, in: TT v. 16.1.1920.

162 Verhandlung Volksrat v. 30.1.1920, in: Verhandlungen Volksrat. Stenographische Berichte (1920), S. 230.

163 Vgl. auch: Stellungnahme des Reichskanzlers zur Auslieferungsfrage anlässlich eines Presseempfangs in der Reichskanzlei. 5. Februar 1920, 10.30 Uhr, in: BArch, R 43-I/340, Bl. 162-175.

164 Die Auslieferungsliste, in: WLZ v. 6.-8.2.1920; Die Auslieferungsliste der Entente, in: TT v. 6.2.1920.

156 Vgl. zu den Verbrechen: Kramer: „Greuelthaten“ (1993), S. 85-114; Horne/Kramer: Kriegsgreuel (2004), S. 75; Leonhard: Büchse (2014), S. 170-174.

157 Die Verfassung des Deutschen Reichs v. 11. August 1919.

158 Verhandlung Volksrat v. 30.1.1920, in: Verhandlungen Volksrat. Stenographische Berichte (1920), S. 228.